

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Gewerkschaftliches aus Südosteuropa	357	deutschen Gewerkschaften. — Gewerkschaftliche Tripel-	
Eindrücke aus England. I	359	allianz in England	363
Gesetzgebung und Verwaltung. Städtische Arbeitslosen-		Kongresse. 8. Verbandstag der Gastwirtschafts-	
versicherung in Zürich	360	hilfen. — 12. Generalversammlung des	
Wirtschaftliche Rundschau	361	Deutschen Textilarbeiterverbandes	369
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rundblicke:		Audere Organisationen. Der Techniker in der	
VIII. Nahrungs- und Genussmittelindustrie. IX. Gärtner.		Gewerkschaftsbewegung	371
X. Gastwirtschaftsgehilfen. XI. Bekleidungsindustrie. — Fünf-		Mitteilungen. Leitung der Generalkommission über	
und zwanzig Jahre Centralisation im		Quartalsbeiträge. — Für die Verbandsreputationen. —	
deutschen Tapeziererberufe. — Aus den		Unterstützungsvereinigungen	372
		Hierzu: Arbeiterrechts-Beilage Nr. 6.	

Gewerkschaftliches aus Südosteuropa.

Der gute Wille allein tut's nicht. — Es war meine Absicht, eine flüchtige Schilderung der gewerkschaftlichen Bewegung in Serbien, Bulgarien und Rumänien unter dem unmittelbaren Eindruck, den ich gewonnen hatte, zu geben, wie ich in Nr. 17 des „Correspondenz-Blattes“ in Aussicht stellte. Das sollte auf der Rückreise, die ich von Konstantinopel mit dem Schiff nach Triest machen wollte, geschehen. Die Reise dauerte sechs Tage. Dabei wäre es noch möglich gewesen, von Piräus aus Athen zu besuchen und von dort mit der Eisenbahn nach Patras zu fahren, wo ich daselbe Schiff angetroffen hätte, das für die Fahrt von Piräus nach Patras achtundzwanzig Stunden brauchte. Aus dieser Dampferfahrt wurde leider nichts. Die Dampfer des Oesterreichischen Lloyd waren für die nächsten 14 Tage, die der sonstigen Linien in der Woche, in der ich hätte reisen müssen, besetzt. Die Dampfer gehen wöchentlich nur einmal. Da die Zeit für die Reise genau bemessen war, so blieb nichts übrig, als die Rückfahrt von Konstantinopel mit der Eisenbahn zu machen. Nachdem es nicht gelang, den Bericht auf der Reise zu schreiben, wurde die Arbeit immer wieder hinausgeschoben, da manche andere Arbeiten dringender der Erledigung bedurften. So kam es, daß ich erst jetzt, fünf Wochen nach Abschluß der Reise, die Berichterstattung fortsetzen kann.

In Belgrad, der Hauptstadt Serbiens, war, abgesehen von einer nicht geringen Zahl Krüppel in jüngerem Mannesalter, wenig von den Nachwirkungen des Krieges zu bemerken. Dagegen haben, wie leicht erklärlich, die Gewerkschaften* während des Krieges schwere Verluste erlitten. Zwar hatten die Organisationen bei Ausbruch des Balkankrieges den Geschäftsbetrieb eingestellt, die Bücher und Kassenbestände in Verwahrung gegeben, so daß sie nach Beendigung des Krieges mit den gleichen Mitteln die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Jedoch war nicht nur der Verlust an Mitgliedern sehr groß, sondern viele der früheren Mitglieder sind außerstande, die Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, weil sie während des Krieges Schulden zu machen genötigt waren, die zunächst abgetragen werden

müssen. Trotzdem haben die Gewerkschaften bereits wieder etwa 6000 Mitglieder gegenüber 8000 vor Ausbruch des Krieges. In einigen Gewerben ist eine günstige Konjunktur, so besonders im Baugewerbe, so daß auf einen bald eintretenden Aufschwung in der Gewerkschaftsbewegung zu rechnen ist. Nähere Angaben über den Stand der Organisationen werden in einem demnächst erscheinenden Artikel gemacht werden, so daß sich ein Eingehen auf Einzelheiten hier erübrigt.

In einer Sitzung der Vorstände der Gewerkschaften, die am 16. April stattfand, konnte ich die Beobachtung machen, daß die serbischen Arbeiter ruhig und leidenschaftslos ihre Angelegenheiten erörtern und erledigen. Auch in der Versammlung am 15. April, an der 600 Personen teilnahmen, die den nicht sehr großen Saal des Volkshauses bis auf den letzten Platz füllten, kam eine leidenschaftliche Aufwallung nur zum Ausdruck, als der Vertreter von Kroatien betonte, daß die Arbeiter Serbiens mit denen des gleichen Sprachgebietes in Oesterreich-Ungarn zusammengehören. Diese ruhige und sachliche Behandlung der zu erörternden Fragen läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß hier eine geschlossene und widerstandsfähige Organisation sich entwickeln wird.

Wesentlich impulsiver sind die Bulgaren. Das zeigte sich bereits bei der Ankunft auf der Grenzstation Tzaribrod. Dort waren außer dem Empfangscomité, das von beiden Gewerkschaftsrichtungen eingesetzt war, etwa 40 organisierte Eisenbahner zur Begrüßung versammelt. Die Eisenbahner Bulgariens haben eine gute Organisation und können sich manches erlauben, an das die Eisenbahner in Westeuropa, von Preußen ganz zu schweigen, nicht denken können. Auf der ganzen Reise durch Bulgarien gab es auf allen Haltestellen des Zuges Empfangsdemonstrationen, ohne daß dadurch die Erledigung der Arbeiten behindert wurde, obgleich auch ein Teil der höheren Stationsbeamten an der Sache Anteil nahm. Ueber den Empfang in Sofia habe ich schon berichtet. Leider täuschte ich mich in der Annahme, daß diese Demonstration die besten Aussichten für die Einigungsverhandlungen mit den beiden Gewerkschaftsgruppen biete. Dieselbe Leiden-

wortung den übrigen Parteien, von denen man weiß, daß sie die Vorlage annehmen werden, und nimmt dann für sich das Verdienst in Anspruch, mehr gewollt und größeres Verständnis für die Forderungen der Beteiligten an den Tag gelegt zu haben."

Es ist gewiß eine sehr bequeme Taktik, mit schnoddrigen Redensarten die Abstimmung des Gegners zu verdächtigen.

"Wie wäre es denn gekommen," so lesen wir weiter, "wenn der Reichstag die Kompromißvorschläge abgelehnt hätte? Dann wäre es bei dem bestehenden Zustande geblieben. An eine Regelung der Konkurrenzklausei in absehbarer Zeit wäre nicht mehr zu denken gewesen; denn es ist ausgeschlossen, daß die Regierung einen neuen Entwurf vorgelegt hätte, oder einer aus dem Hause vorgebrachten Vorlage, die den Wünschen der Angestellten mehr entgegengekommen wäre, zugestimmt hätte. Da meinen wir, so schwer es uns auch fällt, ist es doch besser, daß man anstatt gar nichts das Wenige nimmt, was man erreichen kann."

Nachdem der „Gewerkverein“ so die Saft- und Kraftlosigkeit seiner „liberalen“ Fortschrittler genügend bewimmert hat, will er noch den Handlungsgelhilfen ein Trostpflasterchen aufkleben. In Wirklichkeit schlägt sich das Hirsch-Dundersche Blatt selbst ins Gesicht, wenn es von den kaufmännischen Angestellten sagt, daß sie „auch weiterhin mit zäher Energie für die Verbesserung des neugeschaffenen Zustandes eintreten“ würden: „Auf die Dauer wird man sich ihren berechtigten Forderungen gegenüber nicht ablehnend verhalten können.“

So schreibt der „Gewerkverein“ „rechts“ und „links“. Er bekommt denn auch sogar von seinen Hirsch-Dunderschen Freunden noch derbe Backpfeifen. Die Düsseldorf Westdeutsche Post, das Blatt der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine für Rheinland und Westfalen, schreibt in Nummer 19 über die Konkurrenzklausei:

„Man hat sie also doch unter Dach und Fach gebracht! Das Bestreben, etwas Flickwerk zu machen, hat Abgeordnete zum Umfall gebracht, von denen man mehr sozialpolitische Einsicht erwartet hätte. Was hätte es geschadet, wenn die Regierung hart geblieben wäre, und der Entwurf wäre gescheitert? Bis zur Regelung des Angestelltenrechts hätte man es doch unter den augenblicklichen Umständen ausgehalten! Man hätte dann eine einheitliche Regelung der Konkurrenzklausei für kaufmännische und technische Angestellte erhalten, während jetzt die Dinge doch so liegen, daß nur für die kaufmännischen Angestellten eine Regelung getroffen worden ist, von der noch nicht feststeht, ob sie wirklich Vorteile für sie enthält, von der aber sicher ist, daß sie, übertragen auf die technischen Angestellten, diesen einen kaum überschaubaren Schaden zufügen wird. Die Erfüllungsklage an Stelle der Vertragsstrafe wird den Techniker in seinem Fortkommen in jeder Weise behindern. Daß diese Regelung in die kommende Konkurrenzklausei-Regelung für die technischen Angestellten hineinkommen wird, liegt auf der Hand. Es wäre besser gewesen, wenn man es im Reichstage weniger eilig gehabt hätte. Es wird fobiel über den Mangel an Willen zu großen Arbeiten geklagt; das ist richtig. Anstatt die Kräfte zusammenzufassen zu einer großen Arbeit, zersplittert man sie in kleinen Dingen, macht Abschlagszahlungen, die keinen befriedigen, und wundert sich nachher darüber, daß trotz all dem aufgewandten Fleiß die Arbeiten so wenig Zustimmung finden. Es

mag schwer sein, ein Nein zu begründen; aber oft ist es notwendiger Nein zu sagen, als sich von den Sasagern mittreiben zu lassen.“

Dieses Urteil kann sich der „Gewerkverein“ an den Spiegel stecken.

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

- Bamberg: Wolf, Johann, Angestellter des Textilarbeiterverbandes.
 Barmen: Eng, Wilhelm, Angestellter der Centralstelle für die Arbeiterjugend.
 Berlin: Domnit, Adolf, Angestellter des Lithographenverbandes.
 „ Groß, Robert, Angestellter des Glasarbeiterverbandes.
 „ Kunze, Herm., Angestellter des Central-Bildungsausschusses.
 „ Rib, Max, Angestellter des Holzarbeiterverbandes.
 „ Tiedt, Karl, Angestellter des Steinseherverbandes.
 Dessau: Schädlich, Ernst, Arbeitersekretär.
 „ Lingner, Paul, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 Dresden: Lehmann, Herm., Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 Elberfeld: Nürrenberg, Karl, Kontor-angestellter.
 Essen: Engel, Johann, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.
 „ Kabe, August, Geschäftsführer.
 Frankfurt a. M.: Schulze, Karl, Expedient.
 Freiburg: Fendrich, Anton, Schriftsteller.
 Gotha: Leube, Albert, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 Hamburg: Samann, Heinrich, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 „ Stoll, Karl, Berichterstatter.
 Kaiserslautern: Schneckenburger, J., Angestellter des Holzarbeiterverbandes.
 Lindenu: Schönbrodt, Otto, Parteiangestellter.
 Lübeck: Bauer, Hermann, Berichterstatter.
 Magdeburg: Plumböhn, Willy, Akquisiteur.
 Meissen: John, Franz, Expedient.
 Moskau: Blunk, Max, Geschäftsführer.
 Schopfloch: Breitinger, August, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 Stendal: Brandenburg, Ernst, Partei-sekretär.
 Solingen: Heimann, August, Akquisiteur.
 Schwerin: Boldt, Gustav, Angestellter d. Bauarbeiterverbandes.
 Stettin: Petersdorf, Friß, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 „ Krah, Robert, Angestellter des Maschinistenverbandes.

Für die Verbands-Expeditionen.

Der Nr. 24 des „Corr.-Bl.“ wird die Arbeiterrechts-Beilage Nr. 6 beigegeben. Diese Nummer wird 32 Seiten umfassen.

Voraussetzung für eine gewerkschaftliche Organisation gegeben. Dem in dem Telegramm geäußerten Wünsche, zur Regelung der Differenzen nach Saloniki zu kommen, konnte ich nicht entsprechen. Einmal waren die Reisedispositionen für Bulgarien und Rumänien festgelegt, andererseits sagten mir die Genossen in Belgrad, daß die Reise zwecklos sei, weil ich, wenn ich wegen des Streiks nach Saloniki käme, sofort ausgewiesen würde. Ob in europäisch-türkischen Städten eine moderne Industrie besteht, vermag ich nicht zu sagen. Die Industrie, die ich in Konstantinopel kennen lernte, hat keine organisationsfähigen Arbeiter. Ebensovienig erscheinen mir die an den Kais und auf den kleinen Lastschiffen in Konstantinopel beschäftigten Arbeiter organisationsfähig. Die nicht zu übertreffende Bedürfnislosigkeit dieser Arbeiter, der forumpierende Einfluß, den der enorme Fremdenverkehr ausübt, ist dieser Teil des Balkans zunächst nicht in Berücksichtigung zu ziehen. Unsere Aufmerksamkeit wird dies für absehbare Zeit verhindern. Doch kann gegenwärtig nur den Staaten gelten, deren Arbeiterschaft mit der Organisationsarbeit begonnen hat und in denen in der nächsten Zeit eine kapitalistische Produktion von bedeutendem Umfang sich entwickeln wird.

C. Legien.

Eindrücke aus England.

I.

Die gewerkschaftlich organisierte englische Arbeiterschaft ist zurzeit in einer lebhaften Bewegung. An Stelle der früher vorhandenen, jeden Fortschritt hemmenden Selbstgefälligkeit ist vielfach Unzufriedenheit mit den bestehenden Einrichtungen getreten. Man beginnt nach neuen Wegen und neuen Formen zu suchen, und ich wage die Behauptung, daß die nächsten zehn Jahre mehr Änderungen im Gewerkschaftsleben Englands bringen werden, als die letzten dreißig Jahre gebracht haben.

Auch die selbstgefällige Abschließung von der kontinentalen Arbeiterschaft hört allmählich auf; man beginnt sich für das Ausland und die dortigen Verhältnisse zu interessieren. Der ausländische Arbeiter wird heute vielfach mit anderen Augen angesehen, als es in früheren Jahren geschah. Es wäre Verkenntung der Tatsachen, wenn man behaupten wollte, das Verhältnis des englischen Arbeiters zum kontinentalen Arbeiter sei jetzt dasselbe wie zwischen den Arbeitern der verschiedenen Nationen auf dem Kontinent; die englische Arbeiterschaft wird noch verschiedene unangenehme Erfahrungen machen müssen, bevor sie ihre alte Stellung völlig ändert. Aber man hat mit dieser Änderung begonnen, und man darf bei Beurteilung der Lage keinen falschen Maßstab anlegen; man darf nicht fragen, wie ist es auf dem Kontinent und wie ist es in England, man darf nur fragen, wie war es in England früher und wie ist es jetzt.

Um die Annäherung zwischen der englischen und kontinentalen Arbeiterschaft zu erleichtern, ist es nötig, auf die Verschiedenartigkeit im Denken und Fühlen Rücksicht zu nehmen. Diese Verschiedenartigkeit ist vorhanden und muß als gegebene Tatsache anerkannt werden. Die kontinentale Arbeiterschaft kann nicht verlangen, daß der englische Arbeiter sich ihre Gedankengänge zu eigen macht und umgekehrt ist es ebenso. Man soll sich daher auch hüten, Vorkommnisse in einem anderen Lande immer durch die eigene Brille zu betrachten und daran abfällige Kritik zu üben.

Das Denken und Handeln der verschiedenen Nationen ist beeinflusst durch die geschichtliche Entwicklung des Landes, durch die politischen und wirklichen Verhältnisse, dann aber auch durch andere Faktoren, von denen in England die wichtigsten Tradition und Religion sind.

England ist ein stark demokratisches Land, und seine Geschichte der letzten Jahrhunderte ist eine Geschichte des Kampfes um demokratische Staatsformen. Man ist stolz auf die demokratischen Erwerbungsformen, vielleicht öfters mehr, als berechtigt ist. Wenn man auch zugibt, daß verschiedentlich die englische Demokratie ein schönes Gefäß ohne besonders wertvollen Inhalt ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Engländer und auch der englische Arbeiter viel mehr Berechtigung haben, stolz auf ihr Staatsbürgertum zu sein, als es die Arbeiter auf dem Kontinent und leider besonders in Deutschland sein können. Das Festhalten an alten Formen in England, an Formen, die dem Kontinentalen lächerlich erscheinen, ist vielfach nur ein stolzes Betonen der ertrittenen Rechte. Mancher Fortschritt ist in England unmöglich, weil man dadurch eine Schwächung demokratischer Einrichtungen befürchtet; die Furcht vor Schwächung der Demokratie verhindert auch manchen Fortschritt im gewerkschaftlichen Leben und verursacht das schwerfällige Arbeiten der gewerkschaftlichen Maschine. Das stark entwickelte demokratische Gefühl macht Organisationsformen unmöglich, die auf weitgehender Subordination und auf dem Bestimmungsrecht zentraler Körperschaften aufgebaut sind. Der sogenannte praktische Engländer ist öfters herrlich unpraktisch aus Furcht vor Verletzung demokratischer Formen. Wir haben alle Veranlassung, dieses entwickelte demokratische Gefühl des Engländer zu schätzen.

England ist angeblich eine Monarchie, aber man kann wohl sagen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika mehr politischen Einfluß hat als der König von England. Wenn der König von England ernstlich behaupten wollte, er sei von Gottes Gnaden, so würde ihn das ganze Volk auslachen, und wenn er versuchen sollte, seine Befugnisse zu überschreiten, würde man ihn ernstlich in seine Schranken zurückweisen. Die Person des Königs ist dem Engländer ziemlich gleichgültig, und wenn man ein Hoch auf ihn ausbringt, so gilt dieses mehr dem Lande als der Person. Dann ist das englische Hoch eine sehr einfache Sache, man erhebt das Glas und sagt: „The king!“ Es wird niemand einfallen, eine lange Rede zu halten und etwa zu behaupten, daß die Hühner nur deshalb Eier legen, weil sie diese segensreiche Tätigkeit unter der glorreichen Regierung des gerade amtierenden Königs ausüben können. Ich will zur Gewissenserleichterung hinzufügen, daß ich auch die englische Form des Toastes nur vom Hörensagen kenne.

Ich führe dieses auch nur deshalb an, um zu sagen: Regt Euch nicht auf, wenn Ihr einmal lest, daß englische Arbeiterdelegierte bei irgendeiner Gelegenheit an einem unvermeidlichen Hoch auf irgendeinen Monarchen teilgenommen haben; es ist nicht böse gemeint, und die Engländer denken sich wirklich nichts dabei. Setzt man dem Engländer auseinander, aus welchen Gründen die deutschen Arbeiter es entschieden ablehnen, an solchen Hochs teilzunehmen, so finden diese Gründe volles Verständnis und auch dem englischen Arbeiter würde es unter ähnlichen Voraussetzungen nicht einfallen, an einer monarchischen Kundgebung teilzunehmen.

Die geschichtliche Entwicklung Englands hat zu

schäftlichkeit wie bei dem Empfang kam in der Versammlung, die von etwa 6000 Personen besucht, am 19. April tagte, wie auch bei den Einigungsverhandlungen zum Ausbruch. Dabei habe ich mich vergeblich bemüht, das Trennende zwischen den beiden Richtungen zu erkennen. Der Vorschlag, unabhängig von den beiden sozialistischen Parteien, eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu schaffen, wurde von den „Weitberzigen“ angenommen, von den „Engberzigen“ rundweg abgelehnt, so daß die Verhandlungen resultatlos verliefen. Die Gewerkschaften der „Weitberzigen“ haben 3000, die der „Engberzigen“ 6000 Mitglieder. Daneben bestehen unabhängige Verbände wie die der Eisenbahner, der Lehrer, der Kellner und der Staatsbeamten mit 12 000 Mitgliedern, die sich einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation angliedern würden. Vielleicht war die Zeit zur Einigung noch nicht gekommen. Sie wird zweifellos kommen, denn die Not wird zur Einigung zwingen. Die Industrie des Landes befindet sich im ersten Entwicklungsstadium. Das bisherige Absatzgebiet, die europäische Türkei, ist der bulgarischen Industrie durch den Balkankrieg verloren gegangen. Der dadurch hervorgerufene Stillstand in der Produktion wird die Arbeiter zwingen, das bisher Errungene zu verteidigen. Das vermögen zwei sich bekämpfende gewerkschaftliche Organisationen nicht. Besser wäre es allerdings, wenn die Arbeiter die Einigung herbeiführten, weil sie etwas Selbstverständliches ist, als daß sie sich durch den Druck von außen zur Vereinigung zwingen lassen. Mit der Begeisterung und Opferwilligkeit, die ich bei der Arbeiterschaft Bulgariens kennen gelernt habe und deren bester Ausdruck die Erhaltung zweier Volkshäuser, zweier Druckereien, zweier Parteizeitungen ist, ließe sich Großes schaffen, obgleich nach dem Stande der industriellen Entwicklung, soweit ich diesen zu beurteilen vermag, die Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Organisation nach dem Muster der Industriestaaten Westeuropas noch nicht gegeben ist.

Es kann sich bei diesem Bericht über den Besuch der Balkanstaaten nicht darum handeln, die Organisationen im einzelnen zu schildern, sondern nur darum, die allgemeinen Eindrücke wiederzugeben, die bei dem kurzen Aufenthalt in den einzelnen Ländern gewonnen wurden. Deswegen möge das vorstehend über Bulgarien Gesagte für heute genügen, wie auch davon abgesehen werden soll, eine nähere Schilderung der Gewerkschaften in Rumänien zu geben. Auch hier kann man nur von Anfängen der gewerkschaftlichen Organisation reden, die allerdings dem Stande der industriellen Entwicklung entsprechend sind. Obgleich Rumänien in den Balkankrieg nicht unmittelbar verwickelt war, haben sich, wie leicht erklärlich, auch hier die Rückwirkungen des Krieges auf die Arbeiterorganisationen gezeigt. Während die Gewerkschaften vor dem Kriege 10 000 Mitglieder zählten, haben sie gegenwärtig deren 6000. Die Büroräume der gewerkschaftlichen Landeszentrale, die mit denen der sozialdemokratischen Partei vereinigt sind, haben eine recht kümmerliche Ausstattung. Auch die Einrichtung des Kleinen, zu den Mieträumen gehörenden Versammlungsraumes war sehr primitiv, obgleich für diese Lokalitäten der enorme Mietpreis von 3000 Franc pro Jahr gezahlt werden muß. Auch hier fühlt man sich im Kreise der Genossen durchaus heimisch. Es scheint, als wenn die internationale Arbeiterorganisation eine gewisse Einheitlichkeit in dem Charakter, der Auffassung und dem Benehmen der Arbeiter in allen Ländern herbei-

führt; wie ja auch die Bourgeoisie, gleichviel in welchem Lande oder in welcher Stadt man ihrem Repräsentanten begegnet, in Kleidung und Benehmen international ist. Die Bourgeoisie in Bukarest, der Hauptstadt Rumäniens, bemüht sich, hinter der irgendeiner Großstadt nicht zurückzustehen. Der Fremde, der nur den Stadtteil sieht, in dem der Wert der Persönlichkeit nach der Kleidung abgeschätzt wird, glaubt in einer westeuropäischen Hauptstadt zu sein. Das Bukarest, in dem das „Volk“ wohnt, sieht jedoch anders aus. Nur in einigen Städten der Vereinigten Staaten von Amerika fand ich ein gleiches Gland vor wie an der Peripherie der Hauptstadt Rumäniens. Das Menschenmaterial, das man hier findet, wird bei seiner Bedürfnislosigkeit für absehbare Zeit für die Organisation nicht gewonnen werden können. Um so höher ist es anzuschlagen, daß die fortgeschrittenen Arbeiter mit dem Ausbau der Organisation begonnen haben. Die organisierte Arbeiterschaft, welche die Versammlung, die ich in Bukarest hatte, füllte, steht hinter der in irgendeinem Lande Westeuropas nicht zurück. Es waren etwa 1000 Personen in der Versammlung, obgleich ein Eintrittsgeld von 50 Bani (40 Pf.) erhoben wurde. Dieses hohe Eintrittsgeld ist erforderlich, weil für die Versammlungsäle eine unverhältnismäßig hohe Miete gezahlt werden muß. Das zeigt, daß die Organisationsarbeit hier wesentlich schwieriger ist, als in einer größeren Stadt Deutschlands. Und doch fand ich auch in Rumänien eine Begeisterung für die internationale Arbeiterbewegung, die geradezu rührend wirkte. Bei der Ankunft in Bukarest empfingen uns mehrere hundert Arbeiter mit dem Gesang der „Internationale“. Bei dem Verlassen rumänischen Bodens waren am Hafenplatz in Constanza etwa 150 Hafnarbeiter versammelt. Eine größere Zahl soll am Bahnhof sich eingefunden haben, in der Annahme, daß ich dort hinkommen würde, während der Teil des Zuges, in dem ich mich befand, vor dem Bahnhof abgehängt und direkt zum Hafen geführt wurde. Diese von harter Arbeit, von Not und Entbehrung zum Teil schwer mitgenommenen Arbeiter an dem Dampfer die „Internationale“ singen zu hören, wie es im Hafen von Constanza geschah, muß das Gefühl, daß die internationale Arbeiterbewegung Wahrheit geworden ist, befestigen. Zu den Leuten, die sich durch solche Neußerlichkeiten beeinflussen lassen, glaube ich nicht zu gehören. Es mag die Neuheit gewesen sein, daß ein Gewerkschaftsvertreter Deutschlands in die Balkanländer kam, die solche Demonstrationen und Sympathiefundgebungen hervorrief. Ihr Stattfinden zeigt aber, daß sich in den Balkanländern eine Arbeiterbewegung entwickelt, der wir die größte Aufmerksamkeit widmen und die wir nach Kräften unterstützen müssen, wo immer sich uns Gelegenheit hierfür bietet.

Dagegen wird sich kaum Aussicht bieten, in der Türkei Arbeiterorganisationen zu können. Nun mag ja, was ich in Konstantinopel, dem internationalen Sammelpunkt, zu beobachten Gelegenheit hatte, zu diesem Urteil geführt haben, das deswegen nicht maßgebend sein soll. Eher mögen in Griechenland die Vorbedingungen für eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden sein. So erhielt ich während meines Aufenthaltes in Belgrad aus Saloniki ein Telegramm, in dem mitgeteilt wurde, daß 40 000 Tabakarbeiter dort im Streit sich befinden. Es sollen nach den Angaben, die mir in Belgrad gemacht wurden, allerdings einschließlich der großen Zahl von Kindern 50 000 Menschen in den Tabakfabriken beschäftigt sein. Hier wäre die

dem jetzt durch die Arbeiterpartei einigermaßen durchbrochenen Zweiparteiensystem geführt. Ich sage einigermaßen durchbrochen, denn infolge des engen Zusammenarbeitens der Arbeiterpartei mit der liberalen Partei ist eigentlich an dem alten System nichts geändert. Dieses Zweiparteiensystem schafft eine von den kontinentalen und besonders den deutschen Verhältnissen grundverschiedene Lage. Auf dem Kontinente sind die Arbeiter, soweit sie den freien Gewerkschaften angehören, politisch von den anderen Bevölkerungsklassen geteilt, in England sind sie mit ihnen in derselben politischen Partei. Man kann sagen, daß auf dem Kontinente die politische Trennung des Volkskörpers eine horizontale, dagegen in England eine vertikale ist. Die Arbeiterpartei kann als ein Anfang der horizontalen Trennung betrachtet werden, aber was darüber und teilweise auch darunter liegt, ist durch einen durch alle Volksschichten durchgehenden Schnitt in Konserervative und Liberale geteilt.

Durch diese Parteizusammengehörigkeit wurden Verbindungen zwischen den einzelnen Volksklassen geschaffen, die wir in Deutschland und anderen kontinentalen Ländern nicht kennen. Da das Ministerium eigentlich nur der Verwaltungsausschuß der einen oder anderen Partei ist, glauben auch die Arbeiter durch ihre Parteizugehörigkeit an der Regierung beteiligt zu sein und betrachten die Regierenden nicht ohne weiteres als ihre Gegner. Andererseits haben die regierenden Personen auf die zu ihrer Partei gehörenden Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Wir finden daher öfters Verbindungen zwischen Regierung und Arbeiterschaft, die man anderswo nicht kennt und die dem Kontinentalen wenig angebracht erscheinen. Diese in England vorhandene Verbindung ist öfters die Ursache von falschen Schritten der Engländer auf dem Kontinente, die zu Mißstimmungen und Verurteilungen seitens der kontinentalen Arbeiterschaft führen.

Wenn man dem Engländer sagt, was ich bei jeder möglichen Gelegenheit getan habe: „Auf dem Kontinente könnt Ihr entweder die Arbeiterschaft besuchen oder die Regierung und die herrschenden Klassen, aber nicht beide zusammen“, dann findet man fast immer erstaunte Gesichter. Es ist aber anzunehmen, daß in Zukunft englische Delegationen, soweit sie von der Arbeiterschaft kommen, die kontinentalen Verhältnisse immer mehr berücksichtigen werden.

Das englische Bürgertum ist auch von unserem deutschen grundverschieden. Selbstverständlich gibt es auch in England Scharfmacher, aber diese Kleinliche, krämerhafte Abneigung gegen die Arbeiterbewegung findet man denn doch nicht. Nicht nur auf seiten der Arbeiterschaft, sondern auch auf seiten des Bürgertums gibt es mehr Toleranz als bei uns. Würde es in Deutschland möglich sein, daß ein Großunternehmer einen Vertreter der Arbeiterschaft, der aus seiner Angehörigkeit zur sozialistischen Partei und den mit ihr in Verbindung stehenden Gewerkschaften kein Hehl macht, freundschaftlich empfängt und einladet? Würde es möglich sein, daß deutsche Professoren außerdem noch bereit sind, diesem Mann überall Eingang zu verschaffen? Würde es möglich sein, daß ein Professor in einem Hause, das vom Thronfolger mitbewohnt wird, einen Empfang zu Ehren eines aus Afrika ausgewiesenen Gewerkschaftsführers veranstaltet und nachher an der Seite dieses Mannes an einer Protestversammlung gegen die Regierung teilnimmt? Würde es möglich sein, daß Studenten aus demselben Hause, Mitstudierende des

Kronprinzen, an dieser Versammlung teilnehmen und am Schlusse stehend ein Arbeiterlied mitsingen? Würde es möglich sein, daß Studenten, deren jährliche Ausbildungskosten mindestens vier- bis fünftausend Mark betragen, in einer Theatervorstellung zur Unterstützung von ausgesperrten Arbeitern als Zettelverteiler und Plakatanweiser tätig sind? Und würde es endlich möglich sein, daß ein reicher junger Mann, der Sohn eines Ministers, dem wahrlich alle Wege offenstehen, es vorzieht in einer Anstalt für Arbeiter als gering bezahlter Lehrer zu wirken?

Wenn man diese so grundverschiedenen Verhältnisse kennen lernt, begreift man, daß die Engländer öfters unsere kontinentalen Verhältnisse nicht verstehen und unsere Empfindungen verletzen. Ob diese verschiedenen Verbindungen zwischen der Arbeiterklasse und Teilen der bürgerlichen Klasse gut und nützlich sind, soll hier nicht untersucht werden. Verschiedene in der englischen Arbeiterbewegung tätige Personen haben mir erklärt, daß sie diese Verbindung für schädlich halten und die Verhältnisse auf dem Kontinente vorziehen, wo ein breiter Abgrund, fast ohne Ueberbrückung, Bürgertum und Arbeiterschaft von einander trennen. Jedenfalls sind unsere kontinentalen Verhältnisse viel einfacher als die Verhältnisse in England.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands und Deutschlands sind im großen und ganzen nicht so verschieden, um ein verschiedenartiges Arbeiten notwendig zu machen, aber die durch die früher einsetzende wirtschaftliche Entwicklung möglich gewordene frühere Begründung von Gewerkschaften hat die englischen Gewerkschaften von heute mit einem Ballast von Tradition belastet, der bei der englischen Charakterveranlagung nur schwer beseitigt werden kann. Wenn ein Dichter einmal ausrief: Amerika, du hast es besser, du hast keine alten Schlösser und keine alten Ueberlieferungen, so können wir dieses auch als einen Vorteil der kontinentalen Gewerkschaften gegenüber den englischen anführen. Verschiedene englische Gewerkschaften sind ein Jahrhundert alt, sie sind stolz auf ihr Alter und wie ich einmal in einer Konferenz sagen hörte, dieses ist das einzige, auf das sie stolz sein können. Die Tradition spielt in solchen alten Verbänden eine große Rolle und verhindert manchen Fortschritt. Einsichtige englische Gewerkschaftler beneiden uns Kontinentale um die Leichtigkeit, mit der wir uns veränderten Verhältnissen anpassen können und wünschen, daß es auch in England dazu kommen wird.

J. Sassenbach.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Städtische Arbeitslosenversicherung in Zürich.

Es ist ein sehr interessanter Vorgang, daß fast unmittelbar auf die nahezu einstimmige Ablehnung der staatlichen Unterstützung der Arbeitslosenversicherung mit 75 000 Mt. jährlich durch die bayerische Reichsratskammer der Große Stadtrat von Zürich, das mit seinen 200 000 Einwohnern die größte Stadt der Schweiz ist, einstimmig die Einführung der Arbeitslosenversicherung beschloffen hat, nachdem sich auch die 13gliedrige Kommission des städtischen Parlaments einstimmig dafür erklärt hatte. Und interessant ist ferner dabei auch, daß einer der Führer des ruppigen schweizerischen Baumeisterverbandes, Baummeister Struck, als Kommissionsreferent einen recht gründlichen, alle Seiten

der Arbeitslosenversicherung erfassenden objektiven Bericht in der Sitzung des Großen Stadtrates vom 23. Mai erstattete und recht warm für die Annahme der Vorlage eintrat.

Krud konstatierte, daß die Macht der Verhältnisse in den Industrieländern, besonders in den Städten, die Gesellschaft gezwungen hat, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges und der Saisonarbeitslosigkeit Tausende von unverschuldeten Arbeitslosen zu unterstützen. Mit statistischem Material zeigte er den Umfang der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten, die ein schweres Gebrechen der Gesellschaft ist, das in seinen Folgen zu mildern ihre Pflicht ist, wobei es sich aber nicht um Armenfürsorge handeln kann. Da die Arbeitslosigkeit hauptsächlich in den Großstädten auftritt, so ist es besonders deren Aufgabe, aber auch die des Staates, helfend einzugreifen. Der Referent erörterte sodann die kommunalen Arbeitsnachweise und die Notstandsarbeiten sowie die Arbeitslosenunterstützung. Das einzige, wirklich zweckmäßige Mittel ist die Arbeitslosenversicherung, die die Gewerkschaften einführen, aber auch verschiedene Gemeinden in der Schweiz und im Ausland, ebenso Staaten, namentlich England. Dabei bezeichnete Herr Krud als die beste Lösung die Zwangsversicherung, die indes nur schrittweise erreicht werden kann, so daß man erst die fakultative einführen muß. Bei der Besprechung der Vorlage selbst wandte sich der Referent insbesondere gegen die Einwände, die im Genter System eine Förderung der Gewerkschaften erblicken und es deshalb ablehnen. Der Referent erklärte diesen Standpunkt für unberechtigt, namentlich auch deshalb, weil die Gewerkschaften neben ihrem Kampfescharakter eine erhebliche kulturelle Bedeutung besitzen. „Und in dieser Mission kräftigen wir die Gewerkschaften, wenn wir sie fördern in der Aufgabe, ihren arbeitslosen Mitgliedern über die Zeiten der Not hinwegzuhelfen. Die Kommission überzeugte sich anlässlich eines Besuchs bei verschiedenen Gewerkschaftssekretariaten, daß die geestigten Gewerkschaften in ihrer Arbeitslosenversicherung eine musterhafte Ordnung halten.“ Diese Worte aus dem Munde eines Unternehmersführers sind beachtenswert und man darf sie wohl als einen Beweis dafür ansehen, daß Herr Krud bei seiner eingehenden Beschäftigung mit dem Arbeitslosenproblem etwas gelernt, soziales Verständnis erworben hat.

An der Vorlage des Kleinen Stadtrats, die wir feinerzeit in diesem Blatte besprochen haben, hat die Kommission keine grundsätzlichen Aenderungen vorgenommen. Es bleibt also bei der Einführung des Genter Systems in Form der städtischen Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung und der Errichtung einer eigenen fakultativen städtischen Arbeitslosenversicherung für unorganisierte oder solche organisierte Arbeiter, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Unterstützt werden nur wirklich unverschuldeten Arbeitslose, also keine streikenden oder ausgesperrten Arbeiter usw. Der städtische Zuschuß an die Gewerkschaften kann bis zu 100 Proz. ihrer Leistung betragen, im Maximum aber nicht mehr als 2 Fr. täglich. Dafür müssen sich die Gewerkschaften die städtische Kontrolle ihrer Arbeitslosenkasse gefallen lassen. Ausbezahlt werden die städtischen Zuschüsse an die Gewerkschaften alle Vierteljahre. Für die städtische Arbeitslosenversicherung sind Lohnklassen und entsprechend abgestufte Arbeitslosenunterstützung vorgesehen. Dem unter-

stützten arbeitslosen Mitglieder darf nicht zugemutet werden, in Betrieben, die die ortsüblichen Arbeitsbedingungen nicht innehalten oder in denen Streik, Sperre oder Aussperrung anhängig ist, Arbeit zu nehmen. Die Stadt übernimmt die Einrichtungs- und Verwaltungskosten der Arbeitslosenversicherung und deckt auch ein allfälliges Defizit. Diese Ausgaben werden auf insgesamt 40 000 Fr. jährlich berechnet, eine Summe, die die Stadt Zürich bisher schon jedes Jahr — zum Teil etwas weniger, andernteils auch mehr — für Arbeitslosenunterstützung in anderer Form (in Naturalien, Bezahlung der Wohnungsmiete für Arbeitslose usw.) ausgegeben hat. Später mag sie vielleicht etwas steigen, und darum wollte ein bürgerlicher Medner ein Maximum von 80 000 Fr. festgesetzt wissen, das jedoch abgelehnt wurde.

Schließlich fand die ganze Vorlage, mit ihren 36 Artikeln in einer Sitzung erledigt, einstimmige Annahme; es stimmten also auch die ärgsten Oppositionäre, die im Parlament der Stadt Zürich ebenso wie in anderen Parlamenten vertreten sind, dafür. Wie die gesamte Vorlage in der Hauptsache nach dem Vorbild der Basler Arbeitslosenversicherung gestaltet ist, so wurde auch in Zürich, wie feinerzeit in Basel, beschlossen, daß der Stadtrat nach dreijährigem Bestehen der neuen Einrichtung dem Großen Stadtrat darüber berichten soll, ob eine Revision der Verordnung notwendig sei oder nicht. In Basel erwies sich die vorgesehene eventuelle Revision als nicht notwendig.

Nun folgt über die Verordnung noch die Volksabstimmung der Stimmberechtigten der Stadt Zürich, die am 19. Juli stattfinden soll. Da alle Parteien einig sind, ist an der Annahme der Versicherungsvorlage in der Volksabstimmung nicht zu zweifeln. Und dann soll die Verordnung bereits am 1. August 1914 in Kraft treten.

Der Fall zeigt einmal, wie rasch eine gute Sache erledigt werden kann, wenn auf allen Seiten der gute Wille dazu vorhanden ist. Der Kleine Stadtrat ließ die Vorlage anfangs November 1913 dem Großen Stadtrat zugehen und jetzt, nach kaum sieben Monaten, ist sie schon parlamentarisch erledigt.

Die Stadt Zürich wird mit der Arbeitslosenversicherung eine neue wertvolle Bereicherung ihrer sozialen Einrichtungen erhalten und damit auch anderen Städten des In- und Auslandes die Anregung zur Nachahmung des guten Vorbildes geben. 3.

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsen- und Bankkrisis in Rußland — Die leistungsfähige rasche Ausdehnung der russischen Produktion — Kreditüberspannung und Regierungsintervention.

In ungemein heftiger Weise ist neuerdings in Rußland die Börsen- und Kreditkrisis zum Ausbruch gekommen, zum Teil in Zusammenhang mit den französischen Vorgängen, die Mitte Mai hier kurz geschildert wurden.

Die russische „Volkswirtschaft“ hat seit dem Ende des japanischen Krieges einen ungewöhnlichen Aufschwung erlebt. Genau wie in Mittel- und Westeuropa am Ende der vierziger Jahre, so ist im Zarenreich das fast plötzliche Zurückweichen der revolutionären Gärung wesentlich auf diese überaus rasche wirtschaftliche Blüte zurückzuführen, — selbst wenn sie sich am Schluss als reines Treibhaus-erzeugnis entpuppen sollte.

Nach dem Bericht des deutschen Generalkonsulats in Petersburg seien beispielsweise die Ziffern über

die russische Eisenindustrie angeführt. Bereits seit dem Jahre 1908 zeigte die Produktion von Roheisen und fertigem Metall eine ununterbrochene Zunahme, deren Geschwindigkeit sich seit 1910 vollends beschleunigt hat. Selbst die teilweise Missernte des Jahres 1911 konnte insoweit ohne Schwierigkeiten verwunden werden. Die Produktion wuchs in einer Weise, die selbst die besonders vom Glücke begünstigten kapitalistischen Staaten mit Reid erfüllen könnte:

	Schätzung						
	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
	Millionen Pud						
Roheisen	171,1	175,3	185,6	219,1	256,3	295	323
Eisen- u. Stahl- Gießfabrikate	174,8	191,2	216,3	241,1	275	317	347
Fertiges Eisen u. Stahl	147,6	162,9	184,2	202,7	227,7	262	287

Trotzdem bildete sich auf dem Markt ein förmlicher Eisenhunger heraus. Roheisen kam überhaupt in immer ungenügenderen Mengen zum Marktangebot, weil die gemischten Werke mehr und mehr das Produkt von Anfang bis zu Ende verarbeiteten, so daß in den beiden letzten Jahren die ständige Eisennot zu immer unhaltbareren Zuständen führte, die, wie man behauptet, durch das Syndikat „Prodamedia“ der vereinigten Hüttenwerke noch ganz künstlich auf die Spitze getrieben wurden. Die Lieferfristen wurden immer weiter hinauszugeschoben, was besonders einem Hauptverbrauchszweig, dem selber über alle Maßen angespannten Eisenbahnwesen, die peinlichsten Verlegenheiten bereitete. Nach Mitteilungen der Privatbahnen sind deren Aufträge auf Schienen im Jahre 1912 zu ein Fünftel mit sieben Monaten Verspätung geliefert worden, im Jahre 1913 betrug die verspätete Lieferung sieben Monate auf fast die Hälfte der Schienenaufträge. Bedeutend ungünstiger noch war nach dem erwähnten Monatsbericht die Ausführung der Bestellungen in Weichen, Herzstücken, Bandagen und Brückenstücken. Die Staatsbahnen konnten ihr vorhandenes Wagenmaterial nicht rechtzeitig ergänzen, ebenso litten Hafens- und Marinebauten. Roheisenlieferanten ließen sich Ende 1913 überhaupt nicht mehr auf die Einhaltung von Terminen ein. Vor allem stellten sich die Preise immer unerschwinglicher, so daß die Regierung mit eigener Hand die prohibitiv hohe Zollmauer zeitweise abbauen mußte. Durch Gesetz vom 18. Mai 1911 war bereits die Einfuhr ausländischen Roheisens zu ermäßigten Zollsätzen gestattet worden, freilich unter so schwierigen Bedingungen und Formalitäten, daß nur kapitalkräftige Firmen an der Vergünstigung teilnehmen konnten. Anfang 1914 standen deshalb noch weitergehende Maßnahmen zur Erwägung.

In ähnlicher Weise verlief jedoch die Produktions- und Preisentwicklung noch für die Kohlen, die Mineralöle, das Zement; auch gegen die Petroleum- und Brennstoff-„Hungersnot“ mußte die Regierung zu außerordentlichen Eingriffen schreiten.

Mehr wie in anderen Ländern ruht in Rußland diese Entwicklung auf staatlichen Bestellungen und Unterstützungen, ferner jedoch, bei der noch immer schwachen Kapitalbildung im Innern, auf ausländischen Kapitalzuflüssen und auf einer maßlosen Ueberspannung des Kredits.

Die Auslandsverschuldung machte sich in letzter Zeit durch den großen Börsenreinigungsprozeß in Paris und Frankreich verhängnisvoll geltend. Das Rennen nach Bargeld, das durch den Zusammenbruch des enormen Besitzes an südamerikanischen und mexikanischen Werten erzeugt wurde, zwang in Frankreich zur möglichsten Abwertung des

russischen Effektenballastes zu einer Zeit, wo auf der Gegenseite Käufer schwerer denn je zu finden waren. England hatte, zum Teil aus den gleichen überseeischen Quellen, dazu aber noch aus den canadischen und südafrikanischen Anlagen, seine eigenen Sorgen, und Deutschland verjaagte gleichfalls, vielleicht nicht ganz ohne Absicht, da der Markt für ausländische Werte stets von der (augenblicklich sehr kühlen) Temperatur der politischen Beziehungen abhängt. Den heimatlos gewordenen russischen Werten mußte also Rußland selber nach Möglichkeit beibringen, wenn der Kurssturz nicht geradezu verhängnisvolle Festigkeit gewinnen sollte.

Hier erwies sich nunmehr die jahrelange Kreditüberspannung als die gefährliche Klippe. Die russischen Banken waren seit langem mit Effekten überlastet, nicht nur von soliden und ausgereiften Aktiengesellschaften, sondern, sei es durch Selbsterwerb oder durch bloße Bevorschussung, auch von solchen, die zunächst nur dem allgemeinen Gründungsfieber ihr Dasein verdankten. Dazu kamen die enormen anderweitigen Kreditgewährungen an die Geschäftswelt. Nach der Denkschrift des russischen Finanzministers betrogen bei den Kreditbanken (Reichsbank, private Banken usw.) jeweilig am 1. Januar (in Millionen Rubeln):

	1909	1910	1912	1913
Diskontierungen u. durch Wechsel sicher-				
gestellte Sonderkredite	1363	1534	2517	2919
Darlehen auf Wertpapiere	497	512	957	1250
Darlehen auf Waren	208	318	514	453

Die Kreditgewährung seitens der Banken und die Kreditinanspruchnahme seitens der Geschäftswelt in Produktion, Warenhandel und Börsenspekulation ist demnach enorm angeschwollen. Jede Erschütterung kann für einen solchen Kunstbau kritisch und lebensgefährlich werden. Ferner heißt Rückstrom der Effekten aus dem Auslande nach Rußland: Vermehrung der Zahlungen an das Ausland und Gefahr der Goldentziehung gerade in dem Augenblick, wo der heimische Bargeldvorrat mehr als sonst von entscheidender Bedeutung ist. In gleicher Richtung wirkt jedoch weiter die störende russische Getreideausfuhr, an deren Stelle zeitweise sogar eine Einfuhr getreten ist, ferner die Einfuhr von Montanerzeugnissen. Als Gegenstück käme freilich noch der Rückgriff auf die russischen Regierungseinlagen bei den deutschen, französischen und englischen Banken in Betracht. Die Regierung hat in der Tat auf diesem Wege Gold heranzuziehen versucht, allerdings unter Erschwerung ihrer späteren Zins- und Couponzahlungen im Ausland. Und selbst für die nächste Gegenwart haben sich diese Goldheranziehungen als unzureichend erwiesen; in Petersburg steigen die Wechselkurse auf England, Deutschland und Frankreich; in Berlin notierte umgekehrt der Rubelkurs im April 1910 216,35, 1914 nur noch 215,37, ferner am 1. Mai des laufenden Jahres 214,95, am 11. Mai 214,52, am 18. Mai 214; er steht also wieder einmal auf dem tiefsten Stande seit dem japanischen Kriege. Hätte Rußland einen vollen freien Goldumlauf wie England oder Deutschland, so würde tatsächlich das Gold, trotz aller Regierungsmaßnahmen, in großen Mengen abströmen.

Vorläufig benutzt die Regierung ihren Goldschatz und allen ihren sonstigen Einfluß zu Hilfsaktionen, nachdem Ende Februar die Mahnungen des neuen russischen Finanzministers Barf an die Petersburger Banken nichts gefruchtet hatten. 100 Millionen Rubel staatlicher Gelder wurden am 16. Mai zur Bildung eines „Roten Kreuzes“

zur Verfügung gestellt. Nebenher laufen die bekannten Beschwichtigungsversuche: die Produktion selber sei noch durchaus gesund und von Uebererzeugung unberührt, nur die Börse und der Kreditmarkt bedürften einer Periode der Beruhigung und Einschränkung. Selbst wenn dies zunächst noch zutreffen sollte, so ist das Ueberpringen der Krisis von einem Gebiet auf das andere bekanntlich sehr schwer zu verhindern.

Berlin, 9. Juni 1914. *Max Schippel.*

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

VIII. Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Die Konjunktur in dieser weitverzweigten Industriegruppe ist von so vielen Faktoren abhängig, daß ihre zusammenhängende Behandlung erschwert ist. Die Kaufkraft der breiten Volksmassen, die wiederum abhängig ist von der allgemeinen Geschäftslage, die Witterungsverhältnisse, die Ernteergebnisse und die Viehhaltung, die Handels- und Steuerpolitik, diese und andere Faktoren sind für den Geschäftsgang in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie entscheidend. Die Signatur des Berichtsjahres war die Stagnation, nicht Krise gerade, aber doch eine Geschäftslage, die man draußen im Erwerbsleben als nicht kalt, nicht warm zu bezeichnen pflegt. Unzweifelhaft war die Lage unsicherer als im Jahre 1912. Das geht auch aus den Arbeitslosenfiguren im Reichsarbeitsblatt hervor. Es berichteten dort regelmäßig fünf Verbände mit rund 120 000 Mitgliedern. Auf je 100 Mitglieder entfielen in den verschiedenen Monaten Arbeitslose:

Monat	Zahl der		Arbeitslose	
	Verbände	berichtenden Mitglieder	1912	1913
Januar	5	125 641	3,7	3,5
Februar	5	126 736	3,7	3,8
März	5	124 794	2,8	3,8
April	4	119 803	2,6	3,2
Mai	6	123 895	3,2	3,8
Juni	5	122 434	2,6	3,3
Juli	5	119 788	3,0	3,7
August	6	120 270	3,1	3,6
September	6	121 384	2,7	3,6
Oktober	5	119 563	2,7	3,5
November	5	120 553	3,0	3,4
Dezember	5	118 878	5,4	7,2

Demnach hatte nur der Januar einen geringeren Prozentsatz Arbeitsloser als 1912, in allen übrigen Monaten war eine Steigerung eingetreten. Die Rentabilitätsfiguren der Aktiengesellschaften bestätigen die Unsicherheit der Lage insofern, als mit Ausnahme der Zuckerindustrie erhebliche Verschiebungen in der ausgeschütteten Dividende nicht erfolgten. Folgende Tabelle gibt darüber Auskunft:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in 1000 Mk.	Dividende in Proz.	
			1911/12	1912/13
Brauereien	458	578 608	7,1	7,1
Malzfabriken	38	26 812	5,3	5,5
Mühlen	58	70 880	7,2	6,6
Zuckerfabriken	101	124 524	10,1	10,9
Sonst. Nahrungsmittel	141	275 814	8,8	8,8
Summa	791	1 071 088	7,8	7,9

Während die Dividendenrate bei den Brauereien und sonstigen Nahrungsmitteln unverändert blieb, stieg sie bei Malzfabriken um 0,2 Proz. und bei den Zuckerfabriken um 0,8 Proz.; dagegen ist bei den Mühlen ein Rückgang von 0,6 Proz. zu verzeichnen.

Die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften dieser Industriegruppe entspricht im wesentlichen auch diesem Konjunkturverlauf. Mitgliederzunahmen haben die Fleischer und die Brauereiarbeiter zwar zu verzeichnen, aber diese werden leider mehr als aufgewogen durch die Verluste der Tabakarbeiter und der Bäcker. Die letzteren (Bäcker und Konditoren) zählten am Jahreschluß 28 754 Mitglieder gegen 30 061 im Vorjahre. Die Tabakarbeiter gingen von 37 211 auf 31 713 zurück. Die Brauer erhöhten ihre Mitgliederzahl von 50 739 auf 51 317 und die Fleischer ebenso von 6502 auf 6557. Der Rückgang des Bäckerverbandes wird im Jahresbericht des Verbandes in der Hauptsache auf die Krise zurückgeführt, die eine größere Einwirkung auf die Verbandsentwicklung habe als früher, weil das Organisationsgebiet des Verbandes auf die Keks-, Waffel-, Lebkuchen-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie sich erstreckt, während ehemals nur die Bäckereiarbeiter zum Verbandsgebiet gehörten. Auf diese Industrie hat die Wirtschaftskrise einen größeren Einfluß als auf das Kleingewerbe der Bäcker und Konditoren. Allerdings ändert sich das Verhältnis für die letzteren auch langsam. Der Großbetrieb nimmt in der Bäckerei von Jahr zu Jahr zu. Von 1911 zu 1912 ging die Zahl der Kleinbetriebe im Bäder- und Konditorengewerbe in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen um 729 zurück und die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 6571. Dagegen vermehrten sich die Groß- und Motorbetriebe ungefähr im gleichen Maße. Das Ergebnis ist also eine fortschreitende technische Entwicklung, die an sich zu begrüßen ist, die aber eine weitere Unsicherheit der Existenz der Arbeiter bringt. Eine Ausnahme bieten in dieser Hinsicht nur die Großbäckereien der Konsumgenossenschaften, die für den organisierten Konsum produzieren und dadurch den Schwankungen der Konjunktur nicht im gleichen Maße ausgesetzt sind wie der Privatbetrieb, die aber auch den Arbeitern eine wesentlich kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsverhältnisse bieten, als die Privatkonkurrenz. In solchen Betrieben, die tariflich geregelt waren, arbeiteten im Berichtsjahre 2911 Arbeiter gegen nur 1578 im Jahre 1909.

Die Ausgaben des Bäckerverbandes weisen u. a. folgende Summen auf: Arbeitslosenunterstützung 131 632 Mk., Reiseunterstützung 9292 Mk., Krankenunterstützung 99 065 Mk., Streiks und Lohnbewegungen 79 557 Mk., Gemahregeltenunterstützung 1895 Mk., Umzugsunterstützung 4301 Mk., Sterbegeld 4788 Mk. und Verbandsorgan 40 771 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 449 922 Mk., darunter 371 891 Mk. in der Verbandskasse.

Die Lohnbewegungen erstreckten sich auf 80 Fälle und 4959 beteiligte Arbeiter. Ohne ArbeitsEinstellung wurden 66 dieser Bewegungen mit 2577 beteiligten Personen erledigt, während es in 14 Fällen mit 2382 beteiligten Personen zur ArbeitsEinstellung kam. Vollen Erfolg brachten die Bewegungen für 3800 Personen, teilweisen Erfolg für 1130 Personen und nur für 14 Personen wurde kein Erfolg erzielt. Die erreichte Arbeitszeitverlängerung beträgt für 1774 Personen 7,6 Stunden pro Person und Woche im Durchschnitt und die Lohn-erhöhung für 3490 Personen pro Person 1,24 Mk. wöchentlich.

wird ja auch auf beiden Seiten der miteinander differierenden Personen anerkannt, womit auch die Würdigung für ein künftiges gedeihliches Zusammenwirken gegeben ist.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit dieses Verbandes ist eine recht große. Die Einnahmen im Berichtsjahre betragen 480 213 Mk., die Ausgaben 413 986 Mk. und die Vermögensbestände 273 715 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Reiseunterstützung 2146 Mk., Arbeitslosenunterstützung 11 358 Mk., Krankenunterstützung 48 402 Mk., Sterbegeld 5070 Mk., Notunterstützung 13 633 Mk., Streikunterstützung 11 051 Mk. (eigene Streiks), Rechtsschutz 4404 Mk. und auf das Verbandsorgan 27 000 Mk.

Bezeichnend für die gewerkschaftliche Entwicklung in diesem Verufe ist die Zunahme der Lohnbewegungen. Während früher unter dem Einfluß der bürgerlichen in der Stellenvermittlung wurzelnden Kellnervereine die gewerkschaftliche Lohnbewegung verpönt war, ist seit Erstarkung des Verbandes die gewerkschaftliche Aktion immer mehr zur Anwendung gekommen. Im Berichtsjahre sind 138 Lohnbewegungen geführt worden, die sich auf 197 Betriebe mit 3778 Beschäftigten erstreckten. Von diesen Bewegungen führten nur 29 mit 261 Beteiligten von 591 Beschäftigten zu Arbeitseinstellungen. Die übrigen Bewegungen wurden auf friedlichem Wege beendet. Die folgende Tabelle zeigt die Hauptergebnisse der Lohnbewegungen der beiden letzten Jahre:

Jahr	Bewegungen	Beteiligte	Arbeitszeitverfürzung		Lohn-erhöhung		Sonstige Verbesserungen für Personen
			für Personen	pro Woche Stunden	für Personen	pro Woche Mk.	
1912	268	6399	384	5934	4914	17695	4826
1913	138	2509	301	2804	1384	3876	1755
Ca.	406	8908	685	8738	6298	21571	6581

Unter „sonstigen Verbesserungen“ sind u. a. Erfas der Naturalbezüge durch Barlohn, Ausdehnung des gewerkschaftlichen Stellenvermittlers und Anerkennung des paritätischen oder Verbandsarbeitsnachweises durch den Unternehmer, Abschaffung von Nebenarbeiten usw. enthalten. Es sind also wesentliche Errungenschaften durch die Lohnbewegungen erzielt worden, auch wenn man von den direkten Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverfürzungen abieht. Zweifellos ist heute auch für die Gastwirtsgehilfen der Beweis erbracht worden, daß die gewerkschaftliche Aktion allein sie vorwärts zu bringen vermag.

XI. Bekleidungsindustrie.

Die Konjunktur zeigte hier die gleiche Tendenz, wie in den anderen vom Massenkonsum abhängigen Gewerbezeihen. Die beeinträchtigte Kaufkraft der großen Masse wirkte auf den Geschäftsgang ungünstig zurück. Dazu kamen ungünstige Wetterverhältnisse, die insbesondere dem Umfaze in der Damen- und Kinderkonfektion usw. ungünstig waren. Der Export der Konfektionsindustrie litt ebenfalls, denn die Nachfrage auf den ausländischen Märkten war nicht so lebhaft wie früher. Die Berichte aus der Schuhindustrie lauten ebenfalls nicht günstig. Hier sind in erster Linie die anziehenden Lederpreise an den Klagen der Fabrikanten schuld. Seit Jahren ist auf dem Ledermarkt eine fortwauernde Preissteigerung zu beobachten, die selbstverständlich auf die Rentabi-

lität der Schuhindustrie zurückwirken müssen, sofern es nicht dieser gelingt, für ihre Produkte höhere Preise zu erzielen. Das soll nicht gelungen sein, wenigstens nicht in solchem Maße, daß ein Ausgleich mit den Rohmaterialienpreisen stattfinden konnte. Es soll auch bis auf weiteres keine Aussicht vorhanden sein, daß die Lederpreise nennenswert zurückgehen, weil die großen Militärlieferungen der Lederindustrie zustatten kommen. Dem Export wirken die hohen Zölle des Auslandes entgegen; der Wettbewerb der deutschen Schuhfabrikation wird im Bericht der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft infolge der Zölle als oft ausgeschlossen bezeichnet. Im gleichen Bericht wird eine Aenderung der Zollpolitik gewünscht. Ueberhaupt ist die Bekleidungsindustrie mit dem Hochschutzzollsystem wenig zufrieden und man kann zweifellos ein Anwachsen der Kräfte feststellen, die auf eine Aenderung in der Handelspolitik drängen. Wenn sie Erfolge erzielen wollen gegenüber dem Protektionismus der Großgrundbesitzer und des Zentralverbandes deutscher Industrieller, dann werden sie allerdings andere Töne als bisher anschlagen müssen. Aber von einer energischen Vertretung der von der jetzigen Handelspolitik geschädigten Exportzweige der deutschen Industrie merkt man wenig.

In der Hutindustrie war das Geschäft schwankend. Die Herrenhutfabrikation hatte einen leidlichen Geschäftsgang, während die Damenhutbranche weniger befriedigt war. Der Geschäftsgang in der Pelzwarenbranche wird als ungünstig bezeichnet.

Die Rentabilität der Aktiengesellschaften ist für 29 vergleichbare Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 26 285 000 Mk. zurückgegangen. Sie verteilten im Jahre 1911/12 eine Durchschnittsdividende von 9,8 Proz., im Berichtsjahre dagegen 9,5 Proz.

Die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften in dieser Industriegruppe bestätigt die Schwankungen der Konjunkturkurve. Die Schuhmacher schlossen das Berichtsjahr ab mit einem Mitgliederbestande von 44 363 gegen 45 792 im Vorjahre. Die Abnahme beträgt 1429 = 3,1 Proz. Die Jahreseinnahmen betragen 1 281 336 Mk., die Ausgaben 1 090 184 Mk. Für Unterstützungen wurden verausgabt: Reiseunterstützung 25 384 Mk., Umzugsunterstützung 6752 Mk., Arbeitslosenunterstützung 164 790 Mk., Krankenunterstützung 236 514 Mk., Sterbegeld 11 025 Mk., eigene Streiks 175 379 Mk. usw. Das Verbandsvermögen betrug 1 231 779 Mk., davon 862 309 Mk. in der Hauptkasse.

Lohnbewegungen wurden in 222 Fällen geführt. Sie erstreckten sich auf 14 468 beteiligte Arbeiter. In 38 Fällen mit 2650 Beteiligten kam es zur Arbeitseinstellung, die übrigen Bewegungen wurden auf friedlichem Wege erledigt. Die Zahl der durch Arbeitseinstellungen verlorenen Arbeitstage betrug 56 824. Vollen Erfolg erzielten 149 Bewegungen mit 7810 Beteiligten, teilweisen Erfolg 46 Bewegungen mit 4996 Beteiligten; 27 Bewegungen mit 1602 Beteiligten waren erfolglos.

Der Verband konnte im Berichtsjahre auf eine 30jährige Tätigkeit zurückblicken. Begründet auf einem Kongreß in Gotha 1883, hat er in den drei Jahrzehnten eine erfolgreiche Tätigkeit zur Wahrung der Interessen seiner Mitglieder entfaltet.

Der Schneiderverband hat ebenfalls einen Mitgliederverlust erlitten. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1913 48 712 gegen 50 004 Ende des Vorjahres. Der Rückgang beziffert sich demnach auf 1 292. Ueber

Bei den Brauerei- und Mühlenarbeitern stieg die Mitgliederzahl um 582 auf 51 321. Die Gesamteinnahmen betragen 1 272 944 Mark, die Ausgaben 1 024 743 Mark. Von den Ausgaben entfallen auf Krankenunterstützung 241 505 Mark, Arbeitslosenunterstützung 99 427 Mark, Sterbegeld 29 214 Mark, Gemahregeltenunterstützung 10 356 Mark, eigene Streiks 94 352 Mark, Rechtsschutz 14 207 Mark und außerordentliche Unterstützung 10 778 Mark. Das Verbandsvermögen betrug am 31. Dezember 1 704 402 Mark. Die Lohnbewegungen waren in je 371 Fällen Angriffs- resp. Abwehrbewegungen. An den Angriffsbewegungen waren 18 570 Personen beteiligt, an den Abwehrbewegungen 4033. Die Abwehrbewegungen hatten in 256 Fällen vollen, in 64 Fällen teilweisen und in 48 Fällen keinen Erfolg. Die Angriffsbewegungen wurden in 238 Fällen mit vollem, in 118 Fällen mit teilweisem Erfolg und in 15 Fällen erfolglos beendet.

Die Fleischer vereinnahmten 146 890 Mark, ihre Ausgaben betragen 160 028 Mark. Von den Ausgaben entfallen auf Reiseunterstützung 1835 Mark, Arbeitslosenunterstützung 14 458 Mark, Krankenunterstützung 10 952 Mark, eigene Streiks 13 819 Mark, Rechtsschutz 2169 Mark, Verbandsorgan 11 099 Mark, usw. Das Verbandsvermögen betrug 40 432 Mark, davon in der Hauptkasse 33 972 Mark.

Die Tabakarbeiter hatten eine Jahreseinnahme von 886 359 Mark, die Ausgaben betragen 880 254 Mark. Der Vermögensbestand belief sich auf 178 880 Mark, davon in der Hauptkasse 112 799 Mark. Von den Ausgaben entfallen auf Umzugsunterstützung 12 939 Mark, Arbeitslosenunterstützung 254 381 Mark, Krankenunterstützung 213 371 Mark, Sterbegeld 11 112 Mark, Streikunterstützung 17 377 Mark (eigene Kämpfe), Verbandsorgan 49 956 Mark usw.

Ueber die Schwierigkeiten, mit denen die deutschen Tabakarbeiter infolge der Steuerpolitik des Reiches seit Jahren zu kämpfen haben, wurde in diesem Zusammenhang wiederholt berichtet. Die Steuerhölle hat die Zigarrenproduktion aus den Städten mit annehmbarem Lohn- und Arbeitsverhältnissen verdrängt, sie wurde aufs Land verpflanzt, wo billigere Arbeitskräfte in der Heimarbeit zu finden waren. Die Steuererhöhungen wurden von den Fabrikanten nach Möglichkeit dem Lohnkonto entnommen; die Tabakarbeiter der alten Produktionsstätten an der Wasserante und in einigen Großstädten verloren ihre Existenz in großem Umfang. Im letzten Jahrzehnt hat aber auch eine neue Geschmacksrichtung beim Publikum diese Entwicklung verschärft: Die Zigarette. Deutschland gehört zu den wenigen europäischen Staaten, die eine qualitativ hochstehende Zigarrenproduktion haben und auch heute, trotz der Zoll- und Steuerhölle, hat die Industrie sich große Mühe gegeben, ihre Produktion auch qualitativ auf der Höhe zu halten. Aber die Zigarette hat trotzdem immer mehr an Boden gewonnen. Sie ist teils steuerpolitisch günstiger gestellt als die Zigarre. Durch die Wertsteuer haben gerade die billigsten Zigarrensorten, die vorher den größten Umsatz erzielten und zur Blüte der Zigarrenindustrie wesentlich beitrugen, den größten Schaden erlitten, sie werden im Konsum immer mehr von der billigen Zigarette verdrängt. Teils ist diese letztere auch durch die technische Entwicklung im Konkurrenzkampfe begünstigt. Während die Zigarrenproduktion nur im relativ geringen Maße von der maschinellen Entwicklung profitieren kann, ist diese der Zigarettenindustrie in ungewöhnlichem Maße

zustatten gekommen. Die Maschine ersetzt die qualifizierten Arbeitskräfte fast vollständig, mit Ausnahme des Maschinisten bedarf es zu ihrer Bedienung nur billiger, leicht anzulernender weiblicher Arbeitskräfte. Der Preiserhöhung des Rohmaterials hat die Zigarettenindustrie in wirksamer Weise durch Massenproduktion und billige Arbeitskräfte zu ihren Gunsten Rechnung tragen können. Dazu kommt, daß die Zigarettenindustrie Gegenstand großkapitalistischer Unternehmungen größten Stils geworden ist, die für Kesselflamme enorme Kapitalien zur Verfügung stellen konnten, wodurch die Einführung der Zigarette bei den großen Konsumentenmassen beschleunigt wurde. Von 1907 bis 1913 ist die deutsche Zigarettenproduktion von 5,8 Milliarden Stück auf über 13 Milliarden Stück gestiegen.

Diese wenigen Zeilen genügen, um die Schwierigkeiten anzudeuten, die fortdauernd sich den Tabakarbeitern entgegen türmen. Ihnen kann auch nicht geholfen werden durch das vom Verband deutscher Zigarettenfabrikanten beim Reichstag und Bundesrat beantragte Zigarettenmonopol, das durch die vom Reiche zu zahlende Ablösungssumme zwar ein gutes Geschäft für die jetzigen Unternehmer der Zigarettenfabrikation bedeuten würde, den Tabakarbeitern aber keinerlei Vorteile bieten kann. Eine Hilfe kann der Tabakindustrie nur die Beseitigung der Wertsteuer bringen. Aber beim heutigen Kurs in der Handelspolitik des Reiches ist dergleichen nicht zu erwarten.

IX. Gärtner.

Die Krise im Baugewerbe sowohl als die allgemeine Verschlechterung der Existenzbedingungen breiter Volksschichten hat im Berichtsjahre auch auf die Entwicklung der Gärtnerbewegung eingewirkt. Von der baugewerblichen Krise wird insbesondere die Landschaftsgärtnerei betroffen, während die verminderte Kaufkraft der Konsumenten im allgemeinen auf die anderen Branchen der Gärtnerei zurüdwirkt. Die Arbeitslosenstatistik des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins zeigt denn auch für das Berichtsjahr eine Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber 1912. Es wurden 5342 Arbeitslose gegen 4300 im Jahre 1912 gezählt und die Zahl der verlorenen Arbeitstage stieg im gleichen Zeitraum von 41 462 auf 60 232. Auf jeden Arbeitslosenfall kamen 1912 9,64 Tage, 1913 dagegen 11,27 Tage.

Trotz der ungünstigeren Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte war es der Organisation möglich, die Mitgliederzahl um 515 auf 7465 im Jahresdurchschnitt zu steigern. Seit Ende des Jahres 1912 bis Ende 1913 stieg die Mitgliederzahl von 6858 auf 7224. Die Gesamteinnahmen einschließlich der Ortskassen betragen 198 904 Mark, die Ausgaben 185 965 Mark und die Vermögensbestände 78 628 Mark, darunter 24 042 Mark in den Ortskassen. Von den Ausgaben entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 21 606 Mark, Reiseunterstützung 2053 Mark, Krankenunterstützung 4291 Mark, Umzugsgeld 1620 Mark, Rechtsschutz 2084 Mark, Gemahregeltenunterstützung 1068 Mark, eigene Streiks 17 102 Mark und auf Verbandsorgan 23 109 Mark.

X. Gastwirtsgehilfen.

Dieser Verband hat einen kleinen Rückgang von 16 542 auf 16 025 Mitglieder zu beklagen. Innere Zwistigkeiten in der Berliner Verbandsfiliale dürften dazu wesentlich beigetragen haben. Nachdem diese jetzt behoben sind, ist zu hoffen, daß die Vorwärtsentwicklung der letzten Jahre wieder einsetzen wird. Dieser schwer zu organisierende Beruf hat die Einigkeit aller tätigen Kräfte besonders nötig, und das

Centralverband löste sich wenige Tage vor Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 freiwillig auf, um der polizeilichen Auflösung zuvorzukommen. Erst im Jahre 1884 trat wieder die Fachvereinsbewegung ins Leben, und der Berliner Fachverein gab auch im Jahre 1885 eine Fachzeitung heraus, der die Verbreitung der Organisationsidee oblag. Im Jahre 1889 fand dann in Dresden ein Tapeziererkongreß statt, auf dem ein Centralverband der Tapezierer unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Tapeziererverein“ gegründet wurde.

Dieser Centralverein hatte indes mit recht widerwärtigen Hindernissen zu kämpfen, die seine Entwicklung hinderten. Auf der einen Seite waren Unverständnis und Indifferenz, auf der anderen die inneren Streitigkeiten und nicht zuletzt auch der Kampf um die Form der Organisation; Faktoren, die das Vertrauen zum Verbandsorgan immer wieder erschütterten. Erst nach Ueberwindung der Krisenjahre im Anfang der neunziger Jahre und nachdem noch eine lose Centralisation der noch vorhandenen Lokalvereine gegründet worden war, gelang es, eine größere Anzahl Tapezierer organisatorisch zu erfassen. War der Centralverein im Jahre 1895 auf 500 Mitglieder zusammengeschmolzen, so brachte er es bis zum Jahre 1897 wieder bis auf 1000. Ebensoviel waren in der losen Centralisation vereinigt. Da wurde in beiden Richtungen der Gedanke nach Centralisation lebendig. Im August 1897 fand in Leipzig ein gemeinsamer Kongreß statt, auf dem sich beide Richtungen unter dem Namen „Verband der Tapezierer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“ vereinigten. Schon nach kurzem Bestehen konnte der Verband wieder 1344 Mitglieder mustern. Nach und nach schlossen sich auch die mißtrauischen Lokalvereine an, so daß schon am Schluß des Jahres 1898, nach 1/2-jährigem Bestehen, in 48 Filialen wieder 2640 Mitglieder vorhanden waren.

Von dieser Zeit an hat der Verband einen stetigen, wenn auch langsamen Aufschwung zu verzeichnen. 1899 waren in 69 Filialen bereits 3732 und 1900 in 89 Filialen 4070 Mitglieder vorhanden. Bis zum Jahre 1900 hatte der Verband nur die Reise- und Streikunterstützung eingeführt. Auf dem Verbandstage in Nürnberg 1900 wurde die Kranken- und Sterbegeldunterstützung eingeführt, und 1903 führte der Verband auch die Arbeitslosenunterstützung für seine Mitglieder ein. Der Beitrag wurde in Nürnberg von 15 auf 25 Pf. und in Magdeburg von 25 auf 50 Pf. erhöht.

Erst von diesem Zeitpunkte an begann der Verband auch finanziell zu erstarren. Das Verbandsvermögen betrug im Jahre:

1898	3 999,67	Mark	=	1,70	pro	Kopf
1900	7 881,71	"	=	1,79	"	"
1903	40 342,40	"	=	8,10	"	"
1906	169 231,57	"	=	21,26	"	"
1909	138 908,89	"	=	16,98	"	"
1912	324 231,81	"	=	31,08	"	"

Die Zahl der Filialen stieg auf 141 und die Zahl der Mitglieder auf 10 434.

Infolge dieser guten Entwicklung konnte der Verband auch den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit seltenem Erfolge führen. Satten die Unternehmer zuerst auch wenig Verständnis für Tarifverträge, so änderte sich dies nach einer Anzahl von größeren Streiks recht bald. Bereits im Jahre 1906 konnte der Verband 38 Tarifverträge für 2126 Betriebe mit 8734 Arbeitern abschließen. Im Jahre 1902 hatte der Ver-

band erst 5 Tarifverträge mit 1520 Arbeitern abgeschlossen. Im Jahre 1912 bestanden bereits 107 Tarifverträge für 3876 Betriebe mit 12 767 Arbeitern.

Auch in der Verkürzung der Arbeitszeit hat der Verband gute Erfolge zu verzeichnen. Vor 25 Jahren hatten nur Berlin und Hamburg in einer Anzahl größerer Betriebe die neunstündige Arbeitszeit, sonst wurde noch überall 10, 11, 12 Stunden und darüber hinaus täglich gearbeitet bei recht niedrigen Löhnen.

Nach der vom Verbandsorgan im Jahre 1912 aufgenommenen Statistik hatten bereits 4826 Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von 8 bis 8 1/2 Stunden und 7180 von 8 1/2 bis 9 Stunden, nur 673 arbeiteten noch 55 bis 57 Stunden wöchentlich. Die Zahl derjenigen, die noch über 57 Stunden arbeiteten, war auf 55 zusammengeschmolzen. In den Jahren von 1905 bis 1912 führte der Verband in 398 Fällen Lohnkämpfe. Es waren daran 27 903 Arbeiter beteiligt. Für 15 552 wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 26 764 Stunden erkämpft. Eine Lohn-erhöhung wurde für 24 254 Arbeiter in der Höhe von 54 219 Mk. erzielt. Für diese an den Kämpfen Beteiligten zahlte der Verband an Streikunterstützung 381 625 Mk.

So ist der Tapeziererverband zu einer recht erfreulichen Aufwärtsentwicklung gekommen. Er hat die Jahre der Kinderkrankheiten endgiltig überwunden. Es hat freilich schwer gehalten, auf diese rechte Bahn zu kommen, am Ende ist es aber doch gelungen. Auch der alte Führer denkt das Verbandsorgan des Verbandes in seinem Rückblick dankbar, die in schwerer Zeit den Organisationsgedanken propagierten, als Unverständnis und Egoismus die Arbeiter noch stärker in ihren Banden hielten als heute. Die schweren Zeiten der polizeilichen Verfolgung, der Schikanen haben auch die Führer der Tapezierer kennen gelernt.

Ist auch der Verband der Tapezierer groß und stark geworden, so stehen demselben doch noch recht viele Berufsangehörige fern. (Das „Correspondenzblatt“ schätzt 5000 bis 6000.) Wenn die noch Anorganisierten wie die in gelben und christlichen Vereinen zersplitterten die 25jährige Tätigkeit und die Erfolge, die der Verband der Tapezierer erzielte, sich vor Augen halten, so sollten sie doch in sich gehen und sich endlich anschließen. Genießen sie doch mit, was durch diese 25jährige Arbeit erreicht wurde.

Wir wünschen den Tapezierern weiteres glückliches Gedeihen und noch ebenso viele Erfolge, wie sie namentlich in den letzten 8 Jahren errungen wurden.

B.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter vereinnahmte im 1. Quartal 1914 328840 Mk. Für Unterstützungen, inklusive Streikunterstützung, sind 145032 Mk. gezahlt. Die Mehreinnahme gegenüber den Ausgaben betrug 57642 Mk. und das Verbandsvermögen am Schlusse des 1. Quartals 1761688 Mk. Die Mitgliederzahl stieg von 51917 auf 51563, so daß ein Mehr von 246 Mitgliedern zu verbuchen war.

Der Verband der Fleischer beschloß das erste Quartal mit einem Verbandsvermögen von 42148 Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Unterstützungen 7352 Mk. (Arbeitslosenunterstützung 3172 Mk., Krankenunterstützung 2925 Mk. usw.).

Der Friseurgehilfenverband zählte am Schlusse des ersten Quartals 2436 Mitglieder.

Kongresse.

8. Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Hamburg, 12. bis 16. Mai 1914.

Der 8. Verbandstag des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, der in den Tagen vom 12. bis 16. Mai im Hamburger Gewerkschaftshause tagte, war von 93 Delegierten, 8 Gauleitern, Vertretern der Hauptverwaltung, der Redaktion und des Verbandsausschusses besucht. Ferner nahmen an den Verhandlungen teil ein Vertreter der dänischen Bruderorganisation sowie Frau Kähler für den Hausangestelltenverband und A. Cohen für die Generalkommission. Nach dem Bericht über die letzten beiden Jahre stieg die Mitgliederzahl von 13 918, worunter 932 weibliche, auf 16 025, einschließlich 1046 weibliche Mitglieder. Auf die größeren Branchen der männlichen Mitglieder entfallen: Hotel- und Restaurantkellner 6230, Cafetellner 2775, Hotelhausdiener 2061, Köche und Buffetiers 519, Destillationsgehilfen 432 usw. Die Mitgliederzunahme entfällt in der Hauptsache auf das Jahr 1912. Besonders erfreulich ist der Bericht über die Lohnbewegungen und Streiks. Erst in den letzten Jahren konnten auch die Gastwirtsgehilfen dazu übergehen, diese Kampfmittel in größerem Umfange und in systematischer Weise zur Verbesserung ihrer Verhältnisse anzuwenden. Und sie haben, trotz eines gut organisierten, rücksichtslosen Unternehmertums und trotz einer ganzen Anzahl von Konkurrenzorganisationen unter den Gehilfen, recht beträchtliche Erfolge zu erzielen. In der Berichtszeit war der Verband in 49 Orten an 406 Lohnbewegungen, die sich auf 963 Betriebe mit 8908 Personen erstreckten, beteiligt. Bei 6298 Beteiligten konnte eine Lohnerhöhung von 21 571 Mk. pro Woche erzielt werden, während für 685 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 8738 Stunden pro Woche erzielt wurde. Daneben wurde in zahlreichen Fällen Abschaffung von Abgaben aller Art wie auch von allerhand Mißständen durchgeführt. Dabei waren an Arbeitseinstellungen nur 133 Personen beteiligt. In der vorhergehenden Berichtsperiode war diese Zahl viel höher, so daß angenommen werden kann, daß der steigende Einfluß der Organisation die friedliche Beendigung der Lohnbewegung in steigendem Maße beeinflusst. Ende 1913 waren 256 Tarifverträge in Kraft, die 1659 Betriebe mit 6980 Beschäftigten, darunter 5909 Verbandsmitglieder, erfaßten. Grenzstreitigkeiten bestehen nur mit dem Transportarbeiterverband wegen der Stewards sowie mit den Hausangestellten wegen des weiblichen Hilspersonals. Zu letzterem erklärte Frau Kähler unter dem Beifall der Generalversammlung, daß es sich wohl nur um Ausnahmefälle habe handeln können, daß aber zweifellos zwischen den Verbänden der Hausangestellten und der Gastwirtsgehilfen eine Vereinbarung zustande gebracht werden könne, die solche Reibungen in Zukunft ausschließen.

Aus dem Massenbericht sei hervorgehoben: Die Einnahmen betragen 930 736 Mk. gegen 590 480 Mark in der vorausgegangenen Berichtsperiode, die Ausgaben 829 687 Mk. gegen 557 389 Mk. Das Verbandsvermögen stieg daher von 171 973 Mk. auf 273 022 Mk., also auf 17,03 Mk. pro Mitglied. Die erst in den letzten drei Monaten der Berichtszeit gültige Arbeitslosenunterstützung erforderte 11 958 Mark, die Krankenunterstützung rund 90 000 Mk., Streik- und Gemahregelunterstützung 17 494 Mk., andere Unterstützungen 32 600 Mk.

In der Diskussion wurde unter anderem ge-

wünscht, daß alles geschehe, um die Stewards zum Anschluß an den Verband zu gewinnen, wie das auch von der Generalkommission für richtig anerkannt wurde. Ferner wurde angeregt, für das Fachorgan einen regelmäßigen parlamentarischen Mitarbeiter zu gewinnen, damit noch besser wie bisher auch für die Interessen der gastwirtlichen Angestellten eingetreten werden könne. In Verantwortung besonderer Hoteldienertwünsche erklärte der Hauptvorstand, daß für das nächste Jahr eine besondere Reichskonferenz der Hoteldiener vorgesehen sei. Eine große Anzahl von Anträgen verlangten Ersatz des jetzigen Gauleiterystems durch das Bezirksystem oder Uebernahme aller Verbandsangestellten auf die Hauptverwaltung. Alle diese Anträge wurden als verfrüht abgelehnt.

Eine geschlossene Sitzung, die sich bis zum nächsten Morgen ausdehnte, beschäftigte sich dann mit einem Konflikt in Berlin, der zwar seinerzeit mit Hilfe eines Schiedsgerichtes, bestehend aus Mitgliedern der Generalkommission und der Berliner Gewerkschaftskommission, geschlichtet worden war, aber trotzdem nochmals zur Verhandlung gebracht wurde. Den an der sogenannten „Berliner Opposition“ Beteiligten wurde die schärfste Mißbilligung ausgesprochen und bestimmt, daß sie bis zum nächsten Verbandstage keine Ehrenämter im Verbandsunternehmen sollen. Das Koalitionsrecht war auf Antrag der Berliner nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt worden. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, die energischen Schutz des Koalitionsrechtes gegen Willkür der Unternehmer, der Polizei und der Regierung fordert und die protestiert gegen die neuerlichen Versuche, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln. Der 2. Vorsitzende, Diesing, behandelte die Frage der paritätischen Arbeitsnachweise. Er empfiehlt die weitere Förderung dieser Nachweise, doch müsse die Selbstverwaltung derselben gesichert werden. In recht ausgiebiger Debatte werden aus vielen Städten Beschwerden und Bedenken gegen die paritätischen Arbeitsnachweise vorgebracht, die sich besonders darauf beziehen, daß man vom Verbandsverband zuvor Aufgabe der eigenen Nachweise, vielfach auch erhebliche finanzielle Zuschüsse fordert, andererseits aber das Mitbestimmungsrecht der Gehilfen aber immer mehr auszuschalten trachtet. Schließlich wird eine vom Referenten vorgelegte Resolution angenommen. Ueber den gesetzlichen Schutz des Hilspersonals referierte der Gauleiter Miller, der erneut die Ausdehnung aller für das sogenannte gelernte Personal bestehenden Schutzbestimmungen auch auf das Hilspersonal fordert, wie dies zum Beispiel durch die Regierung in Oberbayern geschah. Entsprechende Eingaben sollen an die zuständigen Behörden gemacht werden. Nach einer Aussprache über die dem Reichstage vorliegende Novelle zur Gewerbeordnung, die als durchaus nicht den Interessen des Gastwirtsgebietes entsprechend bezeichnet wird, wird die Hauptverwaltung beauftragt, zu gegebener Zeit geeignete Anträge an den Reichstag gelangen zu lassen. Zu dem Punkte: „Christliche Gewerkschaften“ gelangte eine von dem Redakteur Poetsch vorgelegte Resolution zur Annahme, welche die Stellungnahme des Verbandes zu der christlichen Gegenorganisation präzisiert.

Die internationalen Verbindungen der Gastwirtsgehilfen entsprechen dem meist rückständigen Stande der Organisationen in den einzelnen Ländern. Die nächste (3.) internationale Konferenz soll im Laufe dieses Jahres stattfinden.

Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung betragen 1 977 Mk., die Vermögensbestände 22 065 Mk., wovon 9 276 Mk. in den Lokalkassen.

Die gewerkschaftliche Gärtnerbewegung konnte am 8. Juni auf eine 25jährige zentrale Organisation zurückblicken. Pfingsten 1889 tagte in Hamburg der erste Kongreß der deutschen Gärtnergehilfen, auf dem der Zusammenschluß der bestehenden Nachvereine zu einem Centralverein der Gärtner beschlossen wurde. Ueber die spätere Entwicklung dieser Organisation hatten wir vor einigen Monaten eingehend berichtet, begnügen uns daher mit einem Hinweis.

Der Gemeindeförderverband zählt am Schlusse des ersten Quartals 54 647 Mitglieder. Die Hauptkasse verausgabte für Streits 94 612 Mk., Gemäßregelunterstützung 1624 Mk., Arbeitslosenunterstützung 22 730 Mk., Krankenunterstützung 102 815 Mk., Sterbegeld 16 791 Mk. usw. Der Vermögensbestand betrug 667 274 Mk. in der Hauptkasse, 379 620 Mk. in den Filialen, zusammen 1 046 894 Mk.

Die diesjährige Generalversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter beginnt am 7. September in Dresden.

Der Verband der Sattler und Portefeuilleer zählt am Schlusse des ersten Quartals 13 485 männliche und 1029 weibliche Mitglieder. Die Ausgaben für Unterstützungen stiegen von 45 145 Mk. im vorigen Quartal auf 84 022 Mk. Allein die Arbeitslosenunterstützung ist um 30 000 Mk. gestiegen, und zwar verausgabte die Hauptkasse für diesen Zweck 31 937 Mk., die Lokalkassen 16 098 Mk.

Die Mitgliederzahl des Verbandes der Schuhmacher betrug am Schlusse des ersten Quartals 44 366. Von den Ausgaben entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 45 829 Mk., Krankenunterstützung 62 736 Mk., Wöchnerinnenunterstützung 1074 Mk., Reiseunterstützung 4252 Mk., Streifunterstützung 54 844 Mk. usw. Der Hauptkassenbestand betrug 882 895 Mk.

Gewerkschaftliche Tripelallianz in England.

Ein Kartellvertrag zwischen drei der bedeutendsten Gewerkschaften des vereinigten Königreichs kam dieser Tage auf einer Spezialkonferenz der beteiligten Organisationen in London zustande und zwar: der britischen Föderation der Bergarbeiter mit 700 000 Mitgliedern, der britischen Föderation der Transportarbeiter mit 500 000 Mitgliedern und dem vereinigten Verband der Eisenbahner mit 300 000 Mitgliedern, Gesamtmitgliedschaft 1 500 000. Der Zweck dieses Zusammenschlusses soll darin bestehen, daß sich die genannten Organisationen gegenseitig unterstützen im Falle des Ausbruchs von Bewegungen zur Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Plan dieser bedeutungsvollen Kombination reifte mit riesenhafter Schnelligkeit, was von den Umwandlungen Zeugnis ablegt, die sich in der englischen Gewerkschaftswelt vollziehen. Wie ich seinerzeit an dieser Stelle mitteilte, kam die Anregung aus den Kreisen der Bergarbeiter. Auf ihrem letzten Jahreskongreß im Oktober vorigen Jahres wurde der Hauptvorstand beauftragt, die nötigen Schritte in die Wege zu leiten und bereits im April traten die Hauptvorstände zu einer Beratung über die Angelegenheit zusammen mit dem Resultat, daß die Generalsekretäre der Eisenbahner und der Transportarbeiter, die Genossen Williams und Robert Williams und der Präsident der Bergarbeiter, Genosse Robert Smillie, beauftragt wurden, einen Plan auszuarbeiten. Dieser

Plan ist nun fertig und wurde am 4. Juni einer Konferenz der Hauptvorstände unterbreitet, die demselben ihre Zustimmung gab. Es wurde jedoch beschlossen, die endgiltige Entscheidung einer baldigst zusammentretenden Nationalkonferenz der drei Organisationen zu überlassen. Die genauen Bestimmungen des Planes sind bis jetzt nicht veröffentlicht worden. In dem der Presse übergebenen Bericht heißt es: In Kürze kann mitgeteilt werden, daß die Vereinbarung zustande kam zwecks Ermöglichung gemeinsamer Aktionen in allen Fragen von nationaler Bedeutung, sowie anderen Angelegenheiten, die die Lebensfragen der Gewerkschaftsbewegung betreffen. Ein Uebereinkommen ist getroffen worden, um für die Zukunft zu verhindern, daß zwischen den Organisationen untereinander Reibungen vorkommen, wie das in der Vergangenheit mehr wie einmal passiert ist. Alle gemeinsamen Aktionen unterliegen der Kontrolle der Hauptvorstände der drei Organisationen. Ein beratendes Comité wurde ernannt, welches nicht nur die Macht haben soll, alle vorkommenden Fragen zu behandeln, sondern auch im Notfall eine Konferenz der Hauptvorstände einzuberufen in allen solchen Fällen, wo nach Ansicht des Comité's ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist. Dieses Comité ist zusammengesetzt aus dem Präsidenten und dem Sekretär der betreffenden Organisationen, und zwar den Genossen Smillie und Ashton (Bergarbeiter), Gosling und Williams (Transportarbeiter), Bellamy und Williams (Eisenbahner). —

Was dieser Kombination eine so ungeheure Bedeutung verleiht, ist der Umstand, daß sowohl die Bergarbeiter als auch die Eisenbahner große Bewegungen vorbereiten. Ich habe bereits bei früherer Gelegenheit mitgeteilt, daß die Eisenbahner den nationalen Schlichtungsvertrag gekündigt haben, der nunmehr Ende dieses Jahres abläuft, und das Minimallohngesetz der Bergarbeiter tritt zu Beginn des nächsten Jahres außer Kraft. Ist eine gemeinsame Aktion der drei Organisationen zur Durchsetzung der verschiedenartigsten Forderungen möglich? Für die Bergarbeiter handelt es sich in erster Linie um einen parlamentarischen Kampf zur Erneuerung und Erweiterung des Gesetzes. Vor allen Dingen verlangen sie die Erhöhung des Minimallohnes. Wird das Parlament bereit sein, dies letztere zu tun? Die Wünsche und Forderungen der Eisenbahner sind noch von viel größerer Kompliziertheit, es ist jedoch leicht möglich, daß auch hier das Parlament eingreifen wird.

Es ist natürlich sehr schwer, über den Wert des Kartellvertrages irgend etwas zu sagen. Die Zeit wird es lehren, in welcher Weise die gemeinsame Aktion bewerkstelligt werden kann. Auf jeden Fall handelt es sich hier um ein höchst interessantes Experiment gewerkschaftlicher Aktion. Kohlen und Transport gehören zu den bedeutendsten Produktionsmitteln der Gesellschaft. Das ganze Gesellschaftsgetriebe muß zum Stillstand gebracht werden, gelangt es, den Transport eines Landes lahmzulegen und eine Kargheit an Kohlen herbeizuführen. Die Macht der Bergarbeiter wurde beim Streik 1912 bedeutend eingeschränkt, weil ein großer Vorrat an Kohlen vorhanden war, die durch Transport- und Eisenbahnarbeiter befördert wurden. Können solche Dinge durch eine Konzentration der Arbeiterkräfte verhindert werden? Die wirtschaftliche Macht dieser Kombination scheint mir eher auf politischem Gebiete zu liegen.

B. W.

Eine Regelung der Beamtengelder wurde vorgenommen, dergestalt, daß in Zukunft das Anfangsgehalt der Gauleiter und der Beamten der Hauptverwaltung 2100 Mk., steigend um je 100 Mk. in den ersten 4 Jahren und um je 50 Mk. nachher bis zu 2700 Mk., betragen soll. Für die anderen Angestellten beträgt das Höchstgehalt 3600 Mk., doch soll auch diesen eine Zulage von 100 Mk. gewährt werden. Bei Krankheit soll das Gehalt für 6 Monate weiter gezahlt, alle Bezüge aus Krankentafeln aber abgezogen werden.

Von allen Anträgen, die auf das Unterstützungselement Bezug haben, wird nur einer angenommen, der eine Erhöhung der Streikunterstützung auf 1,50 bis 2 Mk. pro Tag vorsieht. Das Wahlreglement wurde dahin abgeändert, daß in Zukunft 75 bis 150 Mitglieder den ersten Delegierten entsenden können, während die Wahl nach Wahlkreisen als verfrüht abgelehnt wurde. Einige Anträge der Doppelorganisierten fanden ihre Erledigung durch die Erklärung einer Kommission, wonach das jetzige Verhältnis als den Beschlüssen der Zentralvorstände entsprechend bezeichnet wird. Nach Erledigung kleiner Anträge wurde beschlossen, den Sitz des Ausschusses in Hamburg, den Sitz der Hauptverwaltung in Berlin zu belassen. Die bisherigen besoldeten Hauptvorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Nach Erledigung von Delegationswahlen wurde der Verbandstag geschlossen.

12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Dieselbe wurde in der Woche vom 18. bis 23. Mai in Dresden abgehalten.

Als Gäste waren anwesend von dem österreichischen Bruderverbände der Vorsitzende desselben, Hanusch aus Wien, und einige andere Verbandsfunktionäre (aus Böhmen) und von dem Dänischen Textilarbeiterverbände Möller aus Kopenhagen. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Hübsch hat die Wirtschaftskrise in manchen Gebieten die Agitation stark ungünstig beeinflusst. Fasse man die Mitgliederzahlen ins Auge, dann könne man am Schluß der Berichtsperiode allerdings noch einen Gewinn von 6653 Mitgliedern verbuchen; aber es wäre falsch geurteilt, wolle man unterlassen, zu bemerken, daß seit Mitte 1913 ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen sei. Beachtlich sei weiter, daß die Zahl der männlichen Mitglieder nur um 985 gestiegen sei, die der weiblichen aber um 5668. Nach der Generalversammlung müsse man versuchen, wieder einen lebhafteren Zug in die Bewegung zu bringen.

An Lohnbewegungen ohne Streiks sind in den zwei Jahren zu verzeichnen 392 mit 72 345 Beteiligten. Angriffstreiks waren zu verzeichnen 61 mit 14 830 Beteiligten. An Abwehrstreiks hatten wir 27 zu führen, an denen 3898 Personen beteiligt waren. Aussperrungen waren 10 zu bestehen, daran waren 32 281 Personen beteiligt. In den beiden Jahren waren also 123 454 Personen in die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen verwickelt. Man könne also nicht sagen, daß zu wenig Leben im Verband gewesen sei. Das Resultat der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sei folgendes:

Von Lohnbewegungen ohne Streiks waren im Jahre 1912 erfolgreich 248, 1913: 139, zusammen 387. Von Angriffstreiks waren im Jahre 1912 erfolgreich 19, erfolglos 10; im Jahre 1913 erfolgreich 2, teilweise erfolgreich 10, erfolglos 2. In beiden Jahren zusammen also erfolgreich 19, teilweise erfolgreich 29, erfolglos 12.

Von den Aussperrungen waren in den beiden Berichtsjahren für die Arbeiter zwei erfolgreich, fünf erfolglos.

Bei den Bewegungen ohne Streik wurden erreicht an Arbeitszeitverkürzung für 17 408 Personen 43 996 Stunden pro Woche; bei den Angriffstreiks wurden erzielt für 4996 Personen 11 888 Stunden pro Woche; bei Abwehrstreiks für 51 Personen 242 Stunden pro Woche, insgesamt für 22 455 Personen 56 026 Stunden pro Woche. An Lohnerhöhungen wurden erreicht: für 56 354 Personen 63 491 Mk. pro Woche und sonstige Verbesserungen noch für 27 721 Personen.

Die erzielte Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung bezeichnete der Redner als nicht zu unterschätzende Kulturfortschritte. Dann ging er auf die wichtigeren Bewegungen im einzelnen ein, um zu zeigen, was aus ihnen für spätere Kämpfe zu lernen sei. Besonders eingehend wurde die verfloßene Bewegung der Krefelder Färber behandelt. Der Redner besprach dann das Unterstützungsweisen und das Beitragsweisen im Verbandsverbande und erklärte es für nötig, die Mitglieder anzuhalten, möglichst in höhere Beitragsklassen zu gehen. Hübsch besprach dann die Agitation und zuletzt die Frage der Heimarbeit in der Textilindustrie. Diese Arbeiterklasse müsse für die Organisation gewonnen werden. Der Vorstand hatte auch eine Vorlage für eine Statutenänderung eingebracht, nach welcher Heimarbeiter zu ermäßigtem Beitrag dem Verbande angehören könnten. Sie wurde auch von der Generalversammlung angenommen.)

Frl. Goppe-Berlin berichtete über die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats, das schon ein erfreuliches Stück Erziehungsarbeit geleistet habe. Sie trat dafür ein, daß bei Vergabung von Geschäftsführerstellen die weiblichen Mitglieder mehr Berücksichtigung finden sollten.

Jäckel-Berlin berichtete über das Informationsbureau. Auftragsgemäß soll das Bureau beobachten die Konjunkturschwankungen, die Handelspolitik, die Mode, das Straßensystem in den Textilfabriken und die Behandlung der Arbeiter dajelbst. Diese Aufgaben erfordern ein außergewöhnlich umfangreiches Studium der vorhandenen Verhältnisse. Es war dann weiter dem Bureau übertragen worden, Agitationsmaterial in Form von Vorträgen herauszugeben. Es war also sehr viel und sehr Vielseitiges, was dem Bureau aufgegeben worden war. Sollte es seinen Zweck ganz erfüllen können, so müsse es eine weitere Kraft erhalten.

Kassierer Behms gab den Kassenbericht: In den Jahren 1912/13 waren die Einnahmen um 1 041 649 Mk. größer wie in den zwei Jahren vorher. Die Steigerung betrug demnach 23,4 Proz. Die Mehreinnahmen resultieren aus den Beiträgen

zu 10 und 20 Pf. mit Zirkel	28 800 Mk.
" 30 Pf. mit Zirkel	259 000 "
" 40 " " "	59 400 "
" 50 " " "	287 000 "
" 60 " " "	175 000 "
Localzuschläge	156 900 "
Sonstige Einnahmen der Lokalkassen	12 000 "
Zinsen der Hauptkasse	60 600 "

Zusammen 1 018 700 Mk.

Die Gesamtausgaben betragen in dieser Geschäftsperiode mehr 1 796 180 Mk. Hier beträgt die Steigerung 47,4 Proz. Von den Mehrausgaben entfallen auf die Hauptkasse 1 506 466 Mk., auf die Lokalkassen 289 714 Mk. Der Kassenbestand ver-

minderte sich gegenüber der Geschäftsperiode 1910/11 um 126 287 Mk. und erhöhte sich in den Lokalkassen um 39 129 Mk. Am Schluß des 4. Quartals betrug der Bestand der Hauptkasse: 1 435 918 Mk. und der der Lokalkassen: 258 128 Mk. Der Bestand der Hauptkasse gegen Schluß des 4. Quartals 1912 ist um 332 711 Mk. gesunken. Im 3. Quartal erreichte die Hauptkasse den höchsten Bestand mit 1 497 578 Mk. und gleichfalls die Lokalkassen im Betrage von 277 968 Mk. Die Differenz zwischen damals und jetzt beträgt 394 371 Mk. Soviel ist über die Einnahme hinaus von der Hauptkasse ausgegeben worden.

Kedner ging dann auf die einzelnen Positionen des Kassenberichts näher ein und zeigte die Wirkung der einzelnen Ausgabe-Positionen auf die Finanzkraft der Organisation. Seine Ausführungen sind übersichtlich zusammengefaßt in folgender Aufstellung, die zeigt, welcher Betrag auf je 100 Mk. für die verschiedenen Unterstützungsarten zur Verfügung steht:

Von den Einnahmen verblieben der Hauptkasse nach je 100 Mk. Einnahme von den Marken	1910	1911	1912	1913
Die Ausgaben der Hauptkasse betragen von den verbliebenen Beträgen:				
a) für Krankenunterstützung	14,12	16,28	15,--	16,98
b) für Arbeitslosenunterstütz.	5,17	7,04	5,77	12,--
c) alle anderen Unterstütz. (ohne Streikunterstützung.)	6,47	5,30	5,32	7,59
Für alle anderen Ausgaben (Zeitung, Gehälter, sachliche und sonstige Ausgaben)	29,14	24,94	25,33	25,78
Gesamtausgabe	54,90	53,56	51,42	62,34
Es blieben somit zur Verfügung für Streiks und zur Auffüllung des Kassenbestandes	28,87	30,28	31,79	20,96

Den Bericht über die Fachpresse gab Wagner Berlin. Er behandelte besonders die Aufgaben des neugeschaffenen technischen Fachblattes „Textilpraxis“.

Nach Beratung der Anträge wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die Ortskassierer aus der Lokalkasse ein Rankogeld von 1/4 Proz. der Einnahme, jedoch nicht unter 5 Mk. und nicht über 100 Mk. pro Jahr erhalten sollen.

Der Centralvorstand soll einen Fonds von 10 000 Mark, dem laufend 1 Promille der Einnahmen zuzuführen sind, anlegen. Aus ihm sollen die im Dienste des Verbandes körperlichen Schaden Erleidenden unterstützt werden.

Einige unerhebliche Änderungen erfuhren die sonstigen Unterstützungseinrichtungen.

Beschlossen wurde, das Informationsbureau um eine Person zu verstärken.

Eine Reihe Resolutionen wurden zu den einzelnen Referaten angenommen, so eine solche zugunsten der Arbeitszeitverkürzung, der sachtechnischen Ausbildung der Textilarbeiter, der Tarifverträge, der internationalen Beziehungen, zum Koalitionsrecht und dem Terrorismus der Unternehmer.

Andere Organisationen.

Der Techniker in der Gewerkschaftsbewegung.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten feierte in diesen Tagen das Fest seines zehnjährigen Bestehens. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat von Anfang an die Entwicklung dieser Organisation mit dem größten Interesse verfolgt, und deshalb ist es gerechtfertigt, wenn wir an dieser Stelle eine kurze Rückschau halten.

Die Gründung des Bundes der technisch-industriellen Beamten erfolgte zu einer Zeit, als man

sich über die Gewerkschaftsarbeit in Technikerkreisen noch recht unklare Vorstellungen machte. Es handelte sich zunächst um eine Opposition den alten Verbänden gegenüber. Der Verein deutscher Ingenieure war ein akademischer Fachverband und ist es bis heute auch geblieben. Der Deutsche Technikerverband wurde geleitet von dem Ingenieur Kräfer, einem Sohne des ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Kräfer. In seinen sozialen Anschauungen war der Sohn das gerade Gegenteil von seinem Vater, verbissen und zäh hat sich der junge Kräfer als Führer des Deutschen Technikerverbandes zu jener Zeit allen fortschrittlichen Strömungen innerhalb der Organisation entgegengestellt.

So wurde denn am 7. Mai 1904 der Beschluß gefaßt, eine Organisation zu gründen, die mehr als bisher die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der technischen Angestellten wahren sollte. Es war ein Symptom dafür, daß im Bewußtsein dieser Kreise die Forderung, die der Kapitalismus im Berufsleben der Menschheit vollzieht, seine Reflexion gefunden hat. Die ganze Organisationsarbeit der technischen Angestellten in den letzten Jahren müssen wir überhaupt unter diesem Gesichtspunkt bewerten: der aufstrebende Industrialismus zerbricht die alten Berufsschicksale, der neue einheitliche Beruf des kapitalistischen Lohnarbeiters wird geschmiedet. Zunächst wird der Arbeiter in der Werkstätte organisiert. Nach denselben Grundsätzen erfolgt dann die Organisation der geistigen Arbeit im Bureau des modernen Fabrikbetriebes: Arbeitsteilung, Erlass des ehemaligen univervell gebildeten Berufsmenschen durch den Spezialisten, Auswechselbarkeit des entbehrlichen Teilarbeiters, Wehrlosigkeit des einzelnen der Macht des Unternehmertums gegenüber. Aber die Konsequenzen dieser wirtschaftlichen Umwälzungen werden von dem Angestellten verhältnismäßig schwerer begriffen wie vom Arbeiter. Es sind die Hemmungen seiner Erziehung, seiner Herkunft, seiner geistigen Entwicklung zu überwinden, und so war die Stimmung in der Gründungsversammlung des Bundes im letzten Grunde weiter nichts wie ein unklarer bürgerlicher Radikalismus. Durch Irrungen und Wirrungen ist auch diese Bewegung erst langsam zu einem einheitlichen Gebilde umgemodelt worden.

Vor allen Dingen hat man in den ersten Jahren nicht geglaubt, daß das Bekenntnis zu gewerkschaftlichen Anschauungen für die Bewegung mit einem solchen Leidensweg verbunden sein wird. Die Arbeit hat man sich leichter und ungefährlicher vorgestellt. Politische Momente kamen noch hinzu. Vor 10 Jahren war die Stellung der bürgerlichen Parteien zum „neuen Mittelstand“ anders wie heute. Die Politiker von Stresemann bis Wiemer (die Zentrumsleute natürlich mit einbegriffen) gaben sich der Hoffnung hin, daß die Privatangestellten von den bürgerlichen Parteien noch eingefangen werden könnten. Die Angestellten waren als neue Schicht politisch noch nicht einheitlich orientiert, und so konnte man zu jener Zeit das Schauspiel erleben, daß nicht nur im Versammlungssaal, sondern auch im Reichstag bei Angestelltendebatten eine angestelltenfreundliche Politik gemimt wurde. Auf die Dauer ließen sich aber diese Dinge nicht durchhalten. Wohl konnte man in Versammlungen platonische Versprechungen geben, aber in der politischen Arbeit bei Abstimmungen haben die bürgerlichen Politiker versagt und haben versagen müssen. Die Gründe brauchen hier nicht angeführt zu werden. Wenn wir besonders das großindustrielle Beamtentum betrachten,

so ergibt sich sofort, daß die Forderungen dieser Berufsgruppe an die Gesetzgebung grundsätzlich Arbeiterforderungen sein müssen. Das Arbeitsrecht des geistigen Arbeiters der Industrie kann sich in den Grundgedanken nicht unterscheiden von dem Kampf um den Arbeitsvertrag für den Handarbeiter der Industrie. Die bürgerlichen Parteien mußten wegen ihrer Angestelltenpolitik in Konflikt mit den Unternehmern kommen, und deshalb hat sich im Laufe der Jahre eine klare Scheidung vollzogen. Die Angestellten, die konsequent gewerkschaftliche Forderungen aufstellen, mußten von den bürgerlichen Parteien isoliert und ignoriert werden.

Das hat zweifellos auch eine politische Radikalisierung mit hervorgerufen. Es hat eine Zeit gegeben, wo aus Gründen der „politischen Neutralität“ die Bundesmitglieder ängstlich vor jeder Berührung mit sozialistischen Gedankengängen behütet wurden. Man nahm Rücksicht auf den Rotkoller, der reichlich vorhanden war. Die politische Neutralität hatte zu jener Zeit noch einen doppelten Boden: der leitende Bundesbeamte durfte sich bis zur äußersten Grenze bürgerlich-radikaler Betätigung hinauswagen, das politische Bekenntnis des einzelnen zur Sozialdemokratie aber wurde als unvereinbar mit den Interessen des Bundes ausgelegt. Heute haben ja die Bundesleute auch in dieser Beziehung wohl oder übel das Gruseln verlernen müssen . . .

Ebenso ist eine andere Frage entschieden, die vor nicht langer Zeit durch die Gründung einer kaufmännischen Parallelorganisation zum Bunde ausgekämpft werden mußte: ob die Angestelltenbewegung landet in der Arbeiterbewegung oder eine selbständige Richtung neben der Arbeiterbewegung sein kann. Auch diese Theorie der „Unabhängigkeit“ wird heute nicht mehr diskutiert, diese Fragen haben sich geklärt, und vor allen Dingen haben dazu die Unternehmer beigetragen.

Gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten haben die Unternehmer verhältnismäßig häufig genug losgeschlagen. Es sind mancherlei Vorpostengefechte zu übersehen gewesen. Aber die Mitglieder des Bundes haben auch hier ein wenig das bekannte Schweineglück gehabt; es ist schon früher einmal an dieser Stelle von uns klargelegt worden, daß die Unternehmer zu spät gekommen sind. Als der erste Vorstoß der bayerischen Metallindustriellen erfolgte, war die Bewegung doch schon zu groß und doch schon zu gefestigt, als daß sie noch in die Panne gehauen werden konnte. Und auch alle späteren Kraftproben haben eher das Gegenteil erzeugt, haben die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Gegenwehr besser erwiesen, als es durch die geschickteste Agitation möglich gewesen wäre.

Es gibt eben Dinge, die stärker sind, und das sind die Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, die Entstehung natürlicher wirtschaftlicher Interessengegensätze. Die Techniker sind Großbetriebmenschen und Industrieuntertanen, die reaktionären Strömungen in allen Fragen der Sozialpolitik unter dem gegenwärtigen Kurs greifen in das soziale Schicksal dieser Schichten genau so ein wie in das Lebensinteresse der industriellen Arbeiterschaft. Die Richtung des Bundes der technisch-industriellen Beamten ist deshalb vorgeschrieben, ausweichen kann diese Bewegung den nächsten Wirtschaftskämpfen nicht mehr, oder sie müßte sich ihre eigene Lebensfähigkeit und Werbetraft unterbinden.

Das ist die Situation, in der sich heute der Bund beim Abschluß seines ersten Jahrzehnts befindet. Wir, die wir in der gewerkschaftlichen Arbeiter-

bewegung stehen, haben uns ebenso frei zu halten von einer Unterschätzung wie von einer Ueberschätzung dieser Strömung innerhalb der gesamten Angestelltenbewegung. So wenig wir die Schwierigkeit und den Erfolg unterschätzen wollen, eine Menschenschicht wie die deutschen technischen Angestellten zu gewerkschaftlicher Anschauung zu erziehen, so wollen wir uns doch ebenso vor einer Ueberschätzung hüten. Gewerkschaftliche Erziehung heißt in der letzten Konsequenz auch gewerkschaftlicher Kampf, heißt, dem Unternehmertum durch Streik, durch die gewerkschaftliche Aktion erfolgreich entgegenzutreten zu können. Von dieser gewerkschaftlichen Aktionsfähigkeit wollen wir uns aus der einsichtigen Beurteilung des ganzen Milieus keine zu großen Vorstellungen machen, damit wir im Ernstfall nicht enttäuscht werden. Denn Enttäuschung macht später ungerecht in der Beurteilung der wirklich treibenden Kräfte.

Unter diesen Gesichtspunkten ist der Bundesbewegung auch von unserer Seite für das nächste Jahrzehnt erfolgreiche Arbeit zu wünschen.

H. W o l d t.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat Mai 1914 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:
 Verb. der Blumenarbeiter für 1913 . . . 144,00 Mk.
 " " Gemeindegew. für 1. Qu. 1914 1942,20 "
 " " Schiffszimmerer f. 1. Qu. 1914 126,00 "
 " " Tapezierer für 1. Qu. 1914 . 348,25 "
 Berlin, den 8. Juni 1914.

Hermann Kube.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 25 des „Corr.-Bl.“ wird die Statistische Beilage Nr. 4: „Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1913“ beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfang von 48 Seiten.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Berlin:	Melle, Karl, Expedient.
"	Felix, Frieda, Kontorangestellte.
Böckum:	Kaiser, Andreas, Angestellter des Bergarbeiterverbandes.
Bremen:	Scharf, Herm., Angestellter des Bäckerverbandes.
Cheumnitz:	Kliem, Alfred, Angestellter des Handlungsgehilfenverbandes.
"	Brandler, Deinr., Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
"	Dertelt, G. A., Angestellter des Gewerkschaftsstartells.
Erfurt:	Steger, Bernhard, Angestellter des Bäckerverbandes.
Essen:	Rommel, Joh. Fr., Angestellter des Holzarbeiterverbandes.
Straßburg:	Straub, Georg, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
Stuttgart:	Mehrer, Ernst, Angestellter des Gastwirtschaftsgehilfenverbandes.
Trier:	Ronn, Matth., Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
Zaborge:	Eich, Paul, Angestellter des Bergarbeiterverbandes.